



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 6

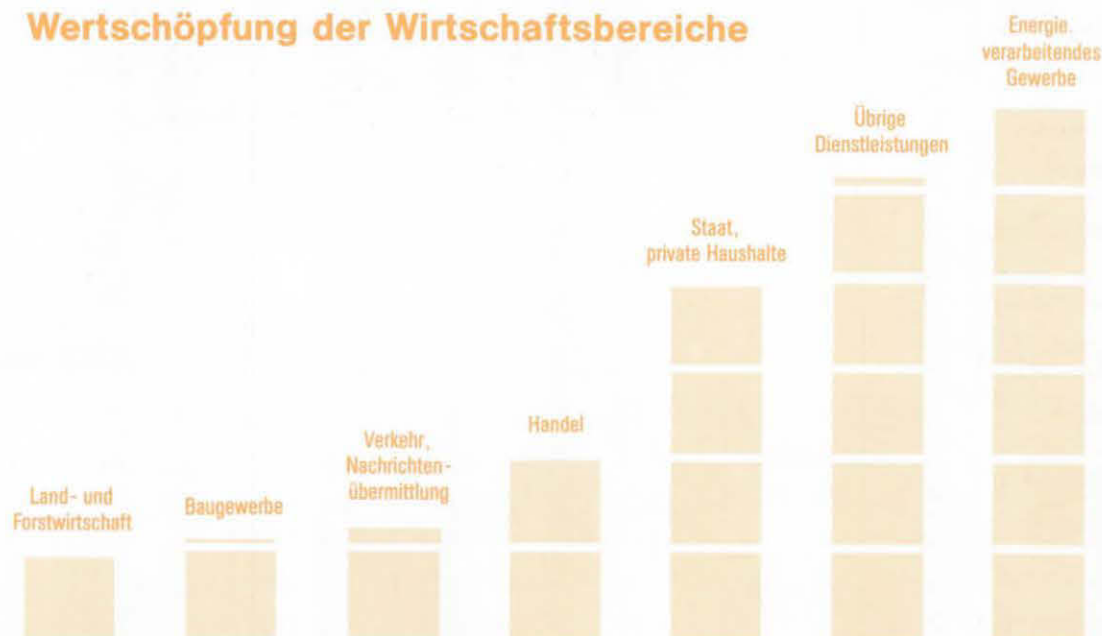
Juni 1987

Grafik des Monats: Studenten
Aufsätze: Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983
Kurzberichte: Wirtschaftliches Wachstum 1986
Arbeitsstätten des Einzelhandels
Rehabilitationsmaßnahmen

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		März 1987		Januar bis März 1987	
Beschäftigte	1 000	163	- 1,4	163	- 1,1
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 3,2	15	- 1,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	519	+ 3,2	513	+ 2,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 941	+ 3,8	2 781	- 1,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 220	+ 1,4	2 110	- 4,0
Auslandsumsatz	Mill. DM	722	+ 12,0	671	+ 5,4
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 828	+ 6,8	1 650	+ 1,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 194	+ 2,4	1 117	+ 2,2
aus dem Ausland	Mill. DM	634	+ 16,3	533	- 1,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE			197	+ 9,7
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	35	- 6,2	35	- 4,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	2	- 19,3	2	- 19,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	59	- 16,1	58	- 7,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	146	- 15,4	130	- 15,5
Auftragseingang ³	Mill. DM	235	- 8,4	149	- 14,7
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	613	+ 6,4	441	- 19,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	217	- 53,3	228	- 26,0
Einzelhandel		Februar 1987		Januar bis Februar 1987	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000
Übernachtungen	1 000
Arbeitsmarkt		März 1987		Januar bis März 1987	
Arbeitslose	Anzahl	125 419	- 2,6	128 502	- 4,2
Außenhandel		Februar 1987		Januar bis Februar 1987	
Ausfuhr	Mill. DM	965,4	+ 33,9	937,1	+ 13,7
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 087	- 6,6	9 222	- 5,3
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	47 323	+ 4,1	47 358	+ 4,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 6/87

	Seite
Aktuelle Auslese	119
Aufsätze	
Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983	120
Kurzberichte	
Wirtschaftliches Wachstum 1986	131
Arbeitsstätten des Einzelhandels 1985	132
Rehabilitationsmaßnahmen 1985	133
Aus unserem Archiv	135
Grafik des Monats	126
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 1/1987**
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
 Arbeitskosten
- Heft 2/1987**
 Sozialhilfeempfänger
 Schulstatistik 1986/87
 Bildungswanderungen
 Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1985
- Heft 3/1987**
 Schleswig-Holstein im Jahre 1986
- Heft 4/1987**
 Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen
 Volkszählung 1987 — Vorurteile und
 Wirklichkeit
 Die ältesten Volkszählungen
- Heft 5/1987**
 Bundestagswahl 1987
 Einzelhandel

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung	
Volkszählung 1987: Notwendig für Kommunen	4/76
Volkszählung 1987 — Vorurteile und Wirklichkeit	4/79
Die ältesten Volkszählungen	4/86
 Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1986/87	2/38
Bildungswanderungen	2/40
 Wahlen	
Bundestagswahl 1987	5/100
 Produzierendes Gewerbe	
Investitionen im verarbeiteten Gewerbe	2/42
 Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandel	5/110
 Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	2/28
 Löhne und Gehälter	
Arbeitskosten	1/16
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	1/4
 Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1986	3/47



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang

Heft 6

Juni 1987

Aktuelle Auslese



Mehr Zivilverfahren, weniger Strafsachen

1986 erledigten die schleswig-holsteinischen Amtsgerichte über 56 000 Zivilprozesse, 2 000 mehr als im Jahr zuvor. Weitere 13 000 Zivilverfahren — so viele wie 1985 — erledigten als Erstinstanz die Landgerichte. Als Berufungs- und Beschwerdeinstanz wickelten die Landgerichte 3 800 Verfahren ab, 160 mehr als 1985. Nur bei den zivilen Berufungs- und Beschwerdeverfahren vor dem Oberlandesgericht gab es 1986 einen leichten Rückgang auf 1 900.

Die Zahl der von den Amtsgerichten 1986 erledigten Strafverfahren war mit 58 000 etwa so hoch wie die der Zivilverfahren. Sie ist aber um 6 % gesunken. Für einige besonders schwere Straftaten sind erstinstanzlich die Landgerichte zuständig. Sie haben 1986 mit 404 gegenüber 378 im Jahr zuvor mehr Verfahren erledigt. Als Berufungs- und Beschwerdeinstanz in Strafsachen haben allerdings auch die Landgerichte etwas weniger Fälle erledigt als 1985, nämlich 2 117. Das Oberlandesgericht entschied erstinstanzlich in nur einer Strafsache, in 461 Fällen hatte es sich mit Revisionen und Rechtsbeschwerden zu befassen.

Mit den Familiensachen hatten die Amtsgerichte, zumindest der Fallzahl nach, etwas weniger Arbeit als 1985. Die Zahl der 1986 erledigten Verfahren ist um 4 % auf unter 17 000 gesunken. Weitere, wie im Vorjahre etwa 3 000, Berufungsverfahren und Beschwerden in Familiensachen waren von der höheren Instanz, dem Oberlandesgericht, zu erledigen.

Schwankungen in der Zahl der erledigten Prozesse lassen nicht den Schluß auf gleiche Schwankungen der anhängigen Prozesse zu.



Höhere Schulden

Das Land Schleswig-Holstein hatte am Jahresende 1986 etwa 15,5 Mrd. DM fundierte Schulden. Das sind 6,1 % mehr als ein Jahr zuvor. An neuen Schulden wurden 3,1 Mrd. DM aufgenommen, 2,1 Mrd. DM wurden getilgt. Wie in den Vorjahren bestanden die fundierten Schulden zu gut drei Vierteln bei Banken und Sparkassen. Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes lag Ende 1986 bei 5 947 DM gegenüber 5 604 DM Ende 1985.

Die Kommunen des Landes waren Ende 1986 mit insgesamt 3,1 Mrd. DM verschuldet, das sind 4,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Nettoneuverschuldung belief sich auf 161 Mill. DM. Je Einwohner betrug die Schuldenlast der Gemeinden und Gemeindeverbände Ende 1986 1 187 DM.

Im kommunalen Schuldenstand sind nicht die Schulden der kaufmännisch buchenden kommunalen Krankenhäuser enthalten. Deren fundierte Schulden sind 1986 um 2 auf 30 Mill. DM gesunken. Auch die kommunalen Eigenbetriebe konnten ihre Schulden abbauen (- 12 Mill. DM). Sie betrugen Ende 1986 noch 579 Mill. DM.

Die Zweckverbände erhöhten 1986 ihre fundierten Schulden um 14 auf 339 Mill. DM.

Öffentliche Abwasserbeseitigung 1983

Wasser scheint für viele Haushalte unserer Lebensräume ein unbegrenzt verfügbares Gut zu sein. Durch einfache Handhabung beziehen wir aus unter Putz gelegte Leitungen frisches Trinkwasser für den unterschiedlichsten Bedarf und leiten es nach seiner Nutzung in irgendein Rohrsystem. An die umfangreichen Gewinnungs-, Reinigungs- und Verteilungsmaßnahmen der Wasserversorgung denkt dabei der Nutznießer oft genauso wenig wie an den hohen Aufwand, das Abwasser zu sammeln, zu reinigen und wieder in den Wasserkreislauf zurückzuführen. Wasserversorgung und Abwasserbehandlung stehen damit in einer engen Beziehung: Ohne eine erfolgreiche Abwasserbehandlung ist die Wasserversorgung gefährdet.

Früher reichten die Selbstheilungskräfte der stehenden und fließenden Gewässer aus, um eingeleitete Schadstoffe abzubauen. Seitdem hat sich aber die Belastung der Gewässer durch die Abwässer der Haushalte und der Industrie vervielfacht mit der Folge, daß die Abbau- und Lebensvorgänge der Gewässer stark beeinflusst wurden. So kann es immer wieder vorkommen, daß die „Wächter“ eines gesunden Gewässers, die Mikroorganismen, absterben und damit die Selbstheilungskräfte zerstört werden oder sich so stark vermehren, daß sie dem Wasser zu viel Sauerstoff entziehen. Die unmittelbaren Folgen sind Fischsterben, Schlammablagerungen und Fäulnisvorgänge, ganz abgesehen — und damit schließt sich der Kreislauf — von der erheblichen Beeinträchtigung jeder Gewässernutzung wie der der Trinkwassergewinnung. Vor dem Hintergrund dieser ökologischen Gefahren sind die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung erheblich gestiegen. Im einzelnen bedeutet das: Neubau von Kläranlagen, Nachbesserung bereits bestehender Anlagen sowie eine Ausweitung und Sanierung des Kanalnetzes, das das Abwasseraufkommen den Kläranlagen zuleiten soll. Für die Planung und den Vollzug dieser Aufgaben sind umfangreiche Daten über die Wasserwirtschaft erforderlich. Eine wesentliche Grundlage für die Beschaffung dieser Planungsdaten ist das Gesetz über Umweltstatistiken, das neben einer Reihe anderer Erhebungen zur Umwelt auch die Statistik der öffentlichen Abwasserbeseitigung vorschreibt.

Wie die Statistik der öffentlichen Wasserversorgung, über die zuletzt in Heft 7/1986 dieser Zeitschrift berichtet wurde, wird auch die Abwasserstatistik alle vier Jahre durchgeführt. Die jüngsten Ergebnisse liegen nach auf-

wendigen Abstimmungsarbeiten für 1983 vor. Für den Aufbau des Berichtskreises zu beiden Wasserstatistiken wird eine Befragung bei den Gemeinden der eigentlichen Erhebung vorgeschaltet. Die Gemeinden nennen im Rahmen dieser Berichtskreisermittlung die Betreiber der öffentlichen Wasserversorgung wie auch der Abwasserbeseitigungsanlagen, wobei es Betreiber gibt, die beide Aufgaben übernommen haben. Im Rahmen der Abwasserstatistik sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Inhaber und Leiter von Unternehmen und anderer Einrichtungen, die Sammelkanalisationen oder Kläranlagen der öffentlichen Abwasserbeseitigung betreiben, auskunftspflichtig. Als Betreiber der öffentlichen Abwasserbeseitigung werden in dieser Statistik alle Einheiten bezeichnet, die der ständigen Entsorgung der Allgemeinheit dienen. Die Entsorgung kann auf vertraglicher Verpflichtung oder öffentlich-rechtlicher Satzung beruhen. Dementsprechend sind auch Genossenschaften, BGB-Gesellschaften u. ä., die nur ihre Mitglieder vom Abwasser entsorgen, in dieser Erhebung erfaßt.

Sammelkanalisation

Als vor rund 60 Jahren Archäologen die über 4000 Jahre alte pakistanische Stadt Mohenjo-Dàro ausgegraben hatten, entdeckten sie u. a. an den Rändern der freigelegten Straßen teils offene, teils mit Ziegeln abgedeckte Abflußrinnen. Sichtbar wurden auch tieferliegende Auffangbecken, in denen sich offensichtlich die Feststoffe sammelten, die sonst die Abflußrinnen verstopft hätten. An dieses System waren alle Häuser von Mohenjo-Dàro angeschlossen, so daß das Abwasser aller Sanitärräume aufgenommen und in den nächsten Fluß geleitet werden konnte. Vermutlich handelt es sich hierbei um die älteste Sammelkanalisation der Welt.

Abgesehen von der in den Tiber mündenden „Cloaca Maxima“ des alten Roms gab es in Europas Großstädten wie Paris und London noch im 18. Jahrhundert keinerlei Kanalisation. Erst durch die Cholera- und Typhusepidemien als Folge der katastrophalen hygienischen Verhältnisse begann man in den Städten Voraussetzungen für die Abwasserbeseitigung zu schaffen und auszubauen. Heute gehört es zum Selbstverständnis jeder Bauplanung, Möglichkeiten der Abwasserbeseitigung einzubeziehen.

1983 (Stichtag: 31. 12.) waren von den 1 131 Gemeinden Schleswig-Holsteins 656 (58 %) teilweise oder ganz mit einer Sammelkanalisation ausgestattet. In diesen Gemeinden lebten 2,45 Mill. Einwohner, darunter 2,13 Mill. in Haushalten, die das Abwasser in das öffentliche Kanalnetz leiten konnten. Gemessen an der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung von 2,62 Mill. Einwohnern ergab sich damit ein Anschlußgrad von über 81 %. Bei etwas höherer Bevölkerungszahl (+ 0,7 %) ist der Anschlußgrad gegenüber 1979 um gut 5 Prozentpunkte gestiegen. 1975 waren 71 % aller Schleswig-Holsteiner durch Sammelkanalisationen entsorgt, 1969 59 % und 1963 55 %. Im Jahre 1957 leitete nicht einmal die Hälfte (48 %) der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung das Abwasser über das öffentliche Kanalnetz ab.

Um 1983 den Anschlußgrad gegenüber 1979 um 5 Punkte auf rund 81 % zu steigern, war es notwendig, das öffentliche Kanalnetz um 14 % auf 12 900 km Länge auszubauen. Das würde ausreichen, eine direkte Verbindung zwischen London und den Falklandinseln herzustellen. In Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, dort lebte 1983 etwa knapp ein Viertel der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins, mußte die Sammelkanalisation um immerhin 34 % erweitert werden, um den Anschlußgrad von 30 % im Jahre 1979 auf 39 % zu heben. Selbst in den 1 038 Gemeinden mit bis zu 5 000 Einwohnern, in denen etwa jeder dritte

Schleswig-Holsteiner wohnte, betrug der Anschluß an das öffentliche Kanalnetz trotz der Kapazitätserweiterung um 23 % 1983 erst 51 % (1979: 40 %). 1,79 Mill. Einwohner — die übrigen zwei Drittel der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung — lebten in den 93 Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern. Um dort einen Anschlußgrad von gut 95 % zu erreichen, mußte das Kanalnetz gegenüber 1979 lediglich um 10 % auf 8 960 km ausgebaut werden.

Die Zahlen zeigen den hohen Aufwand der Abwasserentsorgung über die Sammelkanalisation in dünn besiedelten Gebieten, die daher auch in vielen Gemeinden bisher unterblieben ist. In 475 Gemeinden mit zusammen 0,16 Mill. Einwohnern gab es 1983 keine Sammelkanalisation. Dabei handelte es sich fast ausschließlich um Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Die Entsorgung dieser wie auch der 0,32 Mill. Einwohner, deren Haushalte nicht an die Kanalisation ihrer Gemeinde angeschlossen waren, erfolgte über Einzelentsorgungsanlagen wie Hauskläranlagen oder abflußlose Sammelgruben.

Das öffentliche Kanalnetz kann als Misch- oder als Trennkanalisation ausgebaut sein. In der Mischkanalisation werden Abwasser und Regenwasser gemeinsam abgeleitet. Dadurch werden die vom Regenwasser mitgeführten Schmutzstoffe ebenfalls in die Kläranlage geleitet, wodurch eine Belastung des Vorfluters unter-

Entsorgung von Gemeinden mit Sammelkanalisation nach Gemeindegrößenklassen 1983

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einw.	Alle Gemeinden		Darunter Gemeinden mit Sammelkanalisation						
	Anzahl	Einwohner in 1 000	Anzahl	alle Ein- wohner	ent- sorgte Ein- wohner	Anteil an Sp. 2 in %	entsorgte Einwohner mit Anschluß an eine Kläranlage		nicht ent- sorgte Ein- wohner in 1 000
							in 1 000	Anteil an Sp. 2 in %	
Unter 1 000	791	349	326	196	95	27,3	79	22,7	101
1 000 - 2 000	163	230	153	217	130	56,7	120	52,4	87
2 000 - 3 000	44	104	44	104	79	76,0	70	67,6	25
3 000 - 5 000	40	149	40	149	122	82,0	122	81,8	27
5 000 - 10 000	45	316	45	316	300	94,8	299	94,6	17
10 000 - 20 000	29	386	29	386	358	92,7	358	92,6	28
20 000 - 50 000	14	388	14	388	278	97,4	377	97,2	10
50 000 - 100 000	3	232	3	232	229	98,6	229	98,6	3
100 000 und mehr	2	463	2	463	440	95,1	434	93,6	23
Schleswig-Holstein	1 131	2 617	656	2 452	2 131	81,4	2 088	79,8	321

bleibt. Die Trennkanalisation leitet dagegen das Abwasser und das Regenwasser in getrennten Kanälen ab. Das Abwasser mündet in die Kläranlage, während das Regenwasser in den Vorfluter eingeleitet wird, so daß vor allem bei starken Regenfällen die Belastung der Vorfluter höher sein kann als bei der Mischkanalisation. Diesem Nachteil begegnet man dadurch, daß man das Regenwasser, bevor es in den Vorfluter gelangt, in Klärbecken behandelt. In Schleswig-Holstein sind fast 90 % des Leitungsnetzes als Trennkanalisation verlegt worden. Mit Hilfe der Mischkanalisation, die nicht so kostenaufwendig ist wie das Trennsystem, wurde vor allem der Entsorgungsgrad der dünn besiedelten Gemeinden erhöht.

Nicht alles in der Kanalisation gesammelte Abwasser wird an Kläranlagen geleitet. Zwar nahm das öffentliche Kanalnetz das Schmutzwasser aus den Haushalten von 2,13 Mill. Schleswig-Holsteinern auf, an eine Kläranlage geführt wurde jedoch nur das Abwasser von 2,09 Mill. Einwohnern. Mitgezählt sind dabei auch die 0,13 Mill. Einwohner Schleswig-Holsteins, deren Abwasser über die Sammelkanalisation zu einer Hamburger Kläranlage floß. Somit waren knapp 80 % der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung über die Sammelkanalisation mit Anschluß an eine Kläranlage entsorgt. Das Abwasser der 0,04 Mill. Schleswig-Holsteiner, das in das Kanalnetz, nicht aber in eine Kläranlage ging, wurde in Oberflächengewässer oder in den Untergrund geleitet. Es kam größtenteils aus Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern.

Der Anteil schleswig-holsteinischer Einwohner, deren Abwasser Kläranlagen zugeführt wird, ist entsprechend dem Ausbau der Sammelkanalisation in dünn besiedelten Gebieten deutlich niedriger als in den Ballungsräumen. Die Tabelle zeigt zum Beispiel, daß in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern knapp 23 % der Einwohner über die Sammelkanalisation an eine Kläranlage angeschlossen waren, während in den beiden Städten Kiel und Lübeck der Entsorgungsgrad bei 94 % lag und in den drei Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern sogar fast eine 100prozentige Entsorgung gemeldet wurde.

Abwasseraufkommen

In der öffentlichen Kanalisation Schleswig-Holsteins wurden 1983 163 Mill. m³ Abwasser gesammelt, das sind 13 Mill. m³ (9 %) mehr als 1979. Die Messung des Abwassers erfolgte nach dem Trockenwetterabfluß, also

ohne Regenwasser. Erwartungsgemäß fällt das meiste Abwasser in den dicht besiedelten Räumen an. In den 19 Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern lebten gut 40 % der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung, die mit 87 Mill. m³ weit über die Hälfte (54 %) des Abwasseraufkommens in Schleswig-Holstein abgaben. Allein in Kiel und Lübeck fielen 1983 über 37 Mill. m³ (23 %) Abwasser an und damit mehr als in den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Rendsburg-Eckernförde und Dithmarschen zusammen (35 Mill. m³).

Das höchste Abwasseraufkommen je entsorgten Einwohner (E.a.) hatte 1983 die Stadt Flensburg mit 101,3 m³, das sind 25 m³ mehr als im Landesdurchschnitt. Überproportional hoch war auch das Pro-Kopf-Aufkommen in Lübeck (92,5 m³/E.a.), Neumünster (88,3 m³/E.a.), Nordfriesland (88,1 m³/E.a.) und Steinburg (87,1 m³/E.a.). Mit 78,1 m³ lag das Abwasseraufkommen je Einwohner in Kiel nur leicht über dem Durchschnittswert Schleswig-Holsteins, der in Plön (64,6 m³/E.a.), Herzogtum Lauenburg (64,1 m³/E.a.) und Rendsburg-Eckernförde (62,6 m³/E.a.) unterschritten wurde.

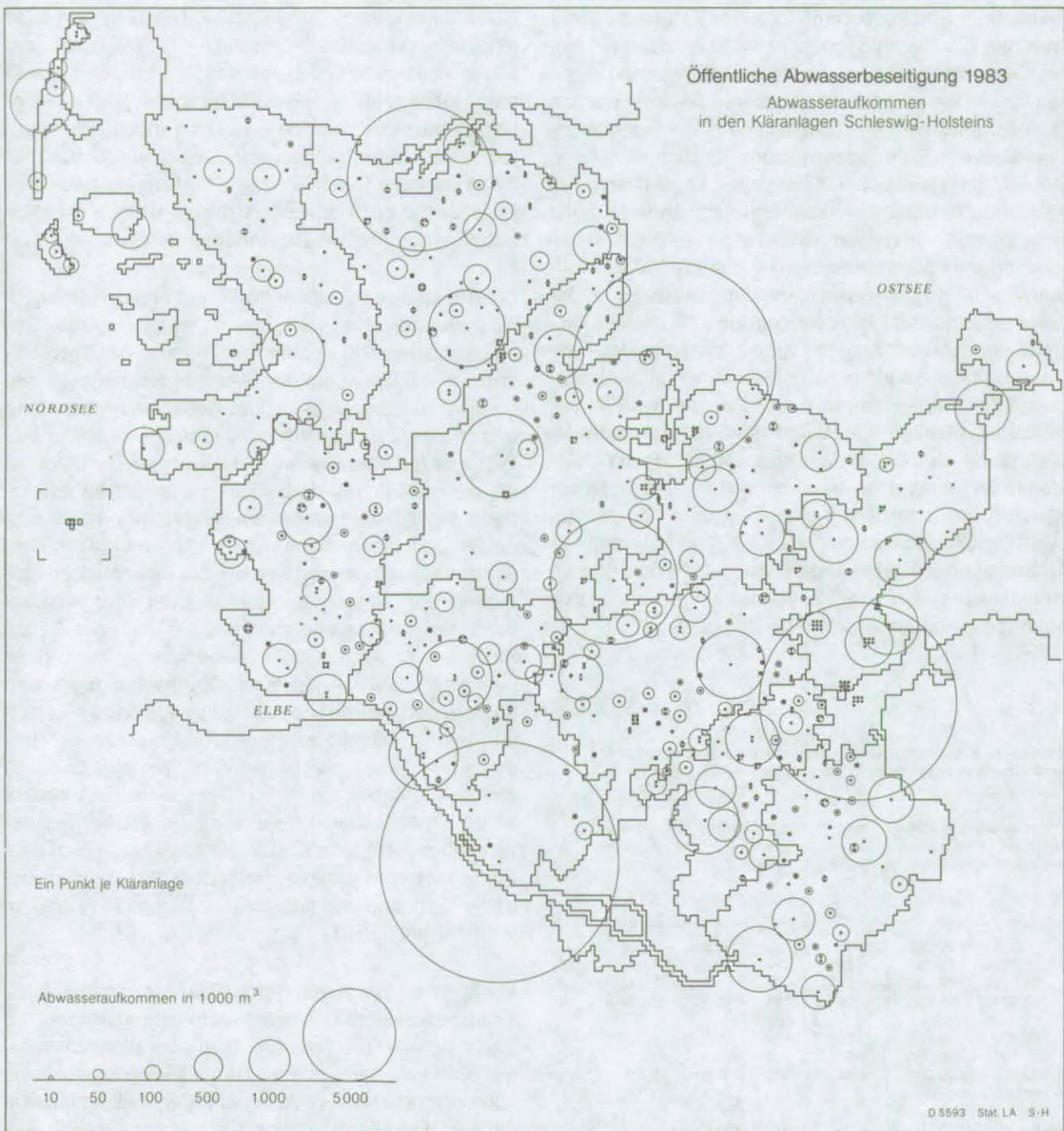
Von den 163 Mill. m³ Abwasser stammten 121 Mill. m³ oder 75 % aus Haushaltungen, die übrigen 41 Mill. m³ Abwasser kamen von landwirtschaftlichen oder Gewerbebetrieben. Die Aufteilung des Abwasseraufkommens in häusliche und gewerbliche Anteile kann von den Betreibern öffentlicher Sammelkanalisationen oft nur geschätzt werden. Genauere Angaben über den bedeutendsten Teil des gewerblichen Abwasservolumens liefert die Wasserstatistik im verarbeitenden Gewerbe, die hier nicht Gegenstand der Betrachtung ist.

Das Abwasseraufkommen der schleswig-holsteinischen Haushalte, das von den Sammelkanalisationen aufgenommen wird, ist nicht identisch mit dem Abwasservolumen, das in den Kläranlagen Schleswig-Holsteins behandelt wird. Von den 163 Mill. m³ Abwasser wurden 1983 2,40 Mill. m³ unbehandelt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund geleitet. Zu dem verbleibenden Volumen von gut 160 Mill. m³ kamen 4,51 Mill. m³ Abwasser von rund 74 000 Hamburger Einwohnern hinzu. Abgezogen werden muß dagegen das Abwasseraufkommen der 0,13 Mill. Schleswig-Holsteiner in Höhe von 8,76 Mill. m³, das von Hamburger Kläranlagen aufgenommen wurde. Einschließlich der zugeflossenen Grund-, Bach-, Regen- oder sonstigen Fremdwassermenge in Höhe von 28 Mill. m³ betrug das in den Kläranlagen Schleswig-Holsteins zu behandelnde Abwasservolumen 184 Mill. m³, das von 2,04 Mill. Einwohnern stammte.

Kläranlagen

Die Zahl der Kläranlagen hat sich in den letzten 20 Jahren vervielfacht. 1963 gab es in Schleswig-Holstein 121 Abwasserreinigungsanlagen, 1975 392 Anlagen und 1983 670 Anlagen. In der Grafik symbolisieren die Punkte die Standorte der 670 Kläranlagen, die um sie gelegten Kreise die Abwassermenge der gemeindeweise zusammengefaßten Anlagen. Ein Abwasservolumen von weniger als 10 000 m³ ist nur als Punkt

markiert. Die Grafik verdeutlicht die unterschiedliche Kapazität der Anlagen: Die 17 Kläranlagen im Kreis Pinneberg nahmen mit über 34 Mill. m³ das nahezu gleiche Abwasservolumen auf wie die 89 Anlagen in Rendsburg-Eckernförde, wobei in beiden Fällen eine Großanlage den weitaus größten Teil der Abwassermenge aufnimmt. In Rendsburg-Eckernförde handelt es sich um die Kläranlage, die die Wohnbevölkerung der Landeshauptstadt Kiel entsorgt. Die 3 Anlagen innerhalb der Stadtgrenzen Kiels sind für die Abwasser-



behandlung quantitativ ohne Bedeutung. Im Kreis Plön gab es 50 Kläranlagen, die 1983 4,96 Mill. m³ Abwasser behandelten, so wenig wie in keinem anderen Kreis.

Um die Abwasserentsorgung der schleswig-holsteinischen Wohnbevölkerung zu sichern, sind in den weniger dicht besiedelten Flächen viele kleine Anlagen gebaut worden. In Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, den Kreisen mit den niedrigsten Einwohnerzahlen je km², zählte man 220 Klärwerke, das sind ein Drittel aller Anlagen Schleswig-Holsteins, die aber nur knapp 14 % der gesamten Abwassermenge aufnehmen. Wie sehr die kleinen Anlagen vorherrschen, wird auch durch folgende Zahlen deutlich: Von den 670 Kläranlagen gab es 489 Anlagen (73 %), an die jeweils nicht mehr als 500 Einwohner angeschlossen waren. In diesen kleineren Anlagen wurden 3 % der an schleswig-holsteinische Kläranlagen angeschlossenen Einwohner entsorgt und 2 % des in schleswig-holsteinischen Kläranlagen angefallenen Abwasseraufkommens behandelt. Auf der anderen Seite entsorgten die 15 größeren Kläranlagen — das sind solche mit einem Mindestanschluß von 20 000 Einwohnern — 66 % des Abwasservolumens für 65 % der angeschlossenen Wohnbevölkerung. Die unterschiedliche Kapazität der Anlagen zeigt auch die anstehende Tabelle, die die öffentlichen Kläranlagen nach Abwassergrößenklassen ordnet. Bei 7 Anlagen wurden am Kläranlagenzufluß 3 Mill. und mehr m³ Abwasser im Jahr gemessen. Die so definierten Großanlagen behandelten 56 % des Abwasseraufkommens von 55 % der durch Kläranlagen entsorgten Einwohner. Zu der Abwassergrößenklasse von unter 30 000 m³ gehörten 481 Kläranlagen. Diesen wurden knapp 2 % des Abwasservolumens von rund 3 % der angeschlossenen Wohnbevölkerung zugeleitet.

Öffentliche Kläranlagen, angeschlossene Wohnbevölkerung und Abwassermenge nach Abwassergrößenklassen 1983

Abwassergrößenklasse von .. bis unter .. m ³ am Kläranlagenzufluß	Kläranlagen	Angeschlossene Wohnbevölkerung		Abwassermenge	
		in 1 000	%	1 000 m ³	%
Unter 30 000	481	57	2,8	2 968	1,6
30 000 - 50 000	28	19	0,9	1 074	0,6
50 000 - 100 000	30	36	1,8	2 177	1,2
100 000 - 300 000	58	124	6,1	9 459	5,1
300 000 - 500 000	20	104	5,1	7 625	4,2
500 000 - 1 000 000	20	148	7,3	13 728	7,5
1 000 000 - 3 000 000	26	440	21,5	42 950	23,4
3 000 000 und mehr	7	1 114	54,6	103 742	56,5
Insgesamt	670	2 043	100	183 723	100

Die regionale Zuordnung der zu behandelnden Abwassermenge erfolgte nach dem Standort der Kläranlage, die — wie es am Beispiel der Kieler Verhältnisse deutlich wurde — auch das Abwasser anderer Regionen aufnehmen kann, so daß eine eindeutige Beziehung zwischen der Anlagenkapazität und dem Abwasseraufkommen der Standortgemeinde nicht gegeben ist. Neben der dargelegten Kreis- oder Gemeindegliederung werden die Wasserstatistiken auch nach bundeseinheitlich definierten Wassereinzugsgebieten aufbereitet, d. h. danach, wie nach topographischen Gegebenheiten das Wasser oberirdisch abläuft. Schleswig-Holstein zum Beispiel ist in der Erhebung 1983 grob in die 3 Wassereinzugsgebiete Ostsee, Nordsee und Elbe eingeteilt, diese wiederum nach Nebenflüssen und Küstenabschnitten in insgesamt 156 Einzugsgebiete tiefgegliedert. Mit Hilfe der Einzugsgebiete ist es möglich aufzuzeigen, welche Gewässer durch das abgeleitete Abwasser belastet werden. Voraussetzung für diese Form der Darstellung sind Ortsangaben über die Einleitstellen der Kläranlagen, die von einigen Anlagenbetreibern sehr vage beschrieben wurden.

Die Kläranlage besteht in der Regel aus einer mechanischen und einer biologischen Reinigungsstufe. Zur mechanischen Stufe zählen der Rechen, der Sandfang und die Vorklärbecken. Mit Hilfe des Rechens werden grobe Verunreinigungen zurückgehalten. Im Sandfang setzen sich bei bestimmter Fließgeschwindigkeit des Wassers die schwereren mineralischen Bestandteile ab, während im Vorklärbecken die leichteren absetzbaren Stoffe bei verminderter Fließgeschwindigkeit ausgefällt und die Schwimmstoffe mit einer Abschöpf-einrichtung entnommen werden. Die mechanische Reinigung führt zu einer Verringerung der biologisch abbaubaren Inhaltsstoffe im Abwasser von etwa 20 bis 30 %. Das so vorgereinigte Wasser gelangt dann in die biologische Stufe, in der die in Oberflächengewässern ablaufenden natürlichen Reinigungsvorgänge räumlich und zeitlich komprimiert durchgeführt werden. Mit Hilfe der mechanisch-biologischen Verfahren können in solchen Kläranlagen bis zu 95 % der biologisch abbaubaren Stoffe eliminiert werden. Ein großer Teil der verbleibenden Stoffe sind in der Kläranlage gebildete Stoffwechselprodukte von Bakterien, die biologisch unbedenklich sind und auch beim natürlichen Abbau im Vorfluter entstehen.

Vor allem bei der Klärung gewerblicher und industrieller Abwässer ist die biologische Reinigungsleistung oft zu gering oder die Verschmutzung der nichtabbaubaren Stoffe zu stark, so daß zu der biologischen Stufe noch eine chemisch-physikalische Behandlung notwendig wird. Eine Form der chemisch-physikalischen Rei-

nigungsstufe ist die Fällung, bei der durch chemische Zusätze die gelösten Stoffe als unlösliche, leicht entfernbare Niederschläge ausfallen. In den letzten 20 Jahren stieg nicht nur deutlich die Zahl der Kläranlagen, sondern es verbesserte sich auch die Technik und damit die Wirkungsweise der Anlagen. Fast bedeutungslos geworden sind die ausschließlich mechanisch arbeitenden Kläranlagen, die 1963 immerhin das Abwasser von 35 % der an eine Kläranlage angeschlossenen Einwohner behandelten. 1983 betrug dieser Anteil dagegen nur noch 0,1 %. In den 42 mechanisch wirkenden Abwasserreinigungsanlagen wurden lediglich 0,17 Mill. m³ Abwasser geklärt. Das sind nicht einmal 0,1 % des Abwasservolumens von 184 Mill. m³.

Die Abwasserreinigung wird heute fast durchweg in biologisch arbeitenden Anlagen durchgeführt. So ausgestattet waren 1983 in Schleswig-Holstein 626 Anlagen, darunter 52 mit einer über das biologische Verfahren hinausgehenden dritten Stufe, z. B. mit anschließender chemischer oder chemisch-physikalischer Behandlung.

Um die Wirkungsweise der Kläranlagen zu kontrollieren, müssen ständig Kenntnisse über die Abwasserbeschaffenheit vorliegen. Der Schmutzgehalt des Abwassers besteht aus mineralischen und organischen Stoffen, die teils ungelöst als Schweb-, Schwimm- oder Sinkstoffe, teils im gelösten Zustand auftreten. Dazu kommen Kleinstlebewesen wie Bakterien, die in den organischen Stoffen ihre Nahrung finden und Überträger von Krankheiten sein können.

Die organischen Schmutzstoffe des Abwassers lassen sich am besten durch den zu ihrem Abbau bzw. ihrer Oxydation verbrauchten Sauerstoff erfassen. Charakteristische Maßzahlen hierfür sind der biochemische Sauerstoffbedarf (BSB) und der chemische Sauerstoffbedarf (CSB). Der BSB ist die in mg gemessene Menge Sauerstoff, die von Mikroorganismen in einer bestimmten Anzahl Tagen verbraucht wird, um die in einem Liter Wasser befindlichen organischen Verunreinigungen abzubauen. Gebräuchlichste Kennziffer ist der biochemische Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB₅). Der CSB drückt den Gehalt des Abwassers an chemisch oxydierbaren Stoffen aus, gemessen in mg des verbrauchten Oxydationsmittels (z. B. Kaliumdichromat) pro Liter Wasser.

Neben dem BSB₅ und dem CSB werden in der Abwasserstatistik aus der Vielzahl der möglichen Schadstoffe als weitere Schädlichkeitsparameter die absetzbaren Stoffe und das Schwermetall Cadmium von den Betreibern der Kläranlagen erfragt. Die Mengen der vier

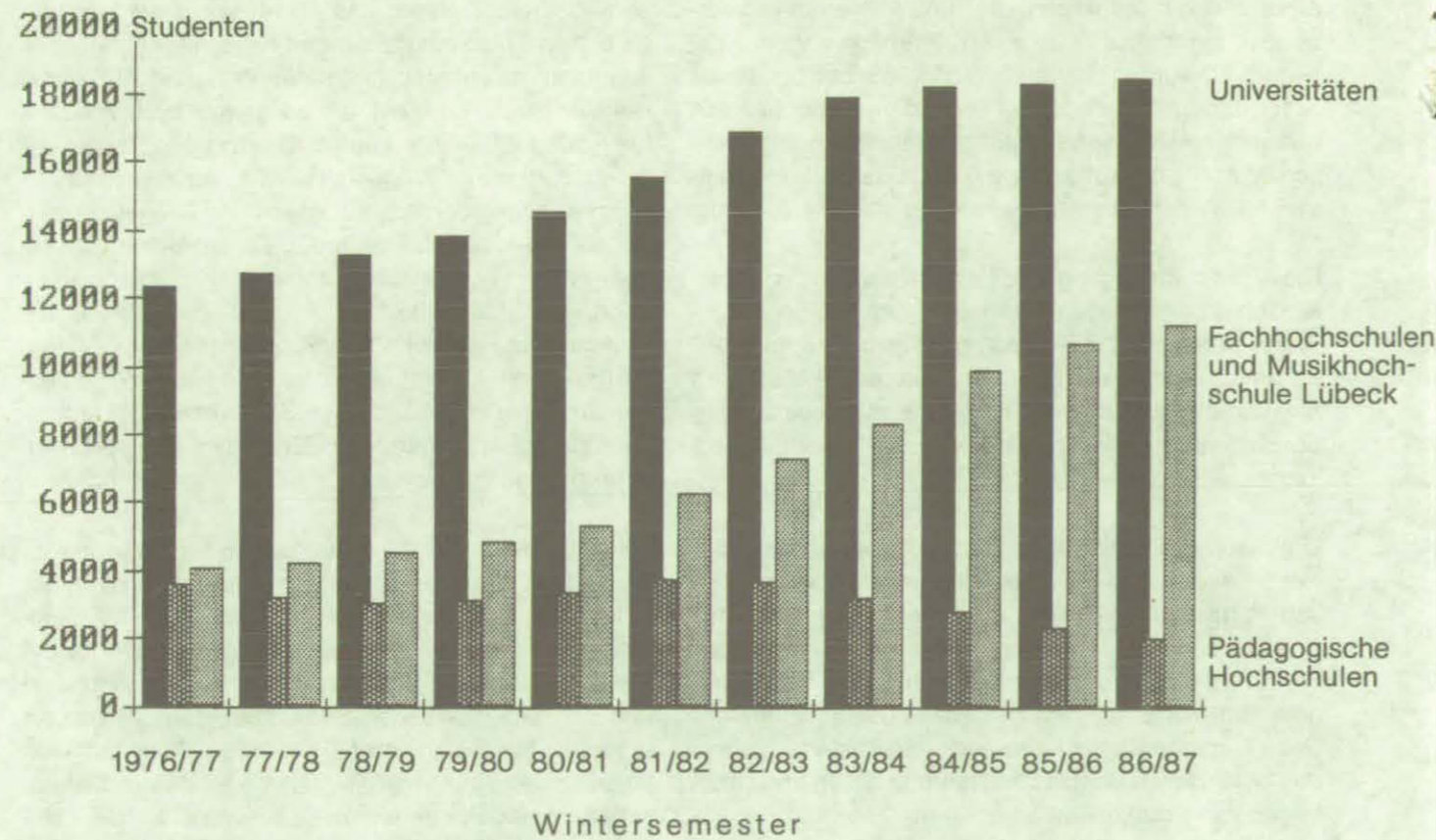
Schädlichkeitsparameter sind als Jahresfrachten in kg oder m³ und in ihrer Konzentration in mg oder ml je Liter am Kläranlagenzufluß und -abfluß zu messen. Wie im einzelnen verfahren wird, schreiben die Bestimmungen der Abwasserwaltungsvorschrift vor. In ihr sind auch die nach dem Wasserhaushaltsgesetz verlangten Mindestanforderungen an das Einleiten des Abwassers festgelegt: Bevor das Abwasser in die Vorfluter geleitet wird, sollen die an den Kläranlagenabflüssen vorgenommenen Messungen für die Schädlichkeitsparameter Werte ergeben, die so gering sind, wie dies bei Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Abwassertechnik möglich ist. Die Abwasserwaltungsvorschrift schreibt eine nach drei Größenklassen abgestufte Mindestanforderung für die Schädlichkeitsparameter vor. Die Zuordnung einer Kläranlage zu einer dieser Größenklassen richtet sich nach den für die Anlage zugelassenen Bemessungswerten. Diesen Werten ist die Reinigungsleistung der Anlage, gemessen an der in unbehandeltem Schmutzwasser enthaltenen und zu reinigenden BSB₅-Fracht in kg pro Tag, zugrunde gelegt.

Ob diese Mindestanforderungen in den Anlagen im Jahre 1983 eingehalten wurden, hatten die Betreiber mit ja oder nein zu beantworten. Von den 626 biologisch arbeitenden Kläranlagen erreichten 406 für die absetzbaren Stoffe, den chemischen Sauerstoffbedarf und den biochemischen Sauerstoffbedarf Werte, die unter den Mindestanforderungen lagen. Diese gut funktionierenden Anlagen reinigten 63 % des in biologischen Anlagen gereinigten Abwassers. Bei 168 Anlagen wurde mindestens ein Schädlichkeitsparameter nicht den Vorschriften entsprechend reduziert. Nur 52 Klärwerke mit einem Abwasseranteil von 0,1 % meldeten keine Werte. Hierbei handelt es sich zum Teil um solche, die wegen ihrer geringen Kapazität nicht der Abwasserwaltungsvorschrift unterliegen.

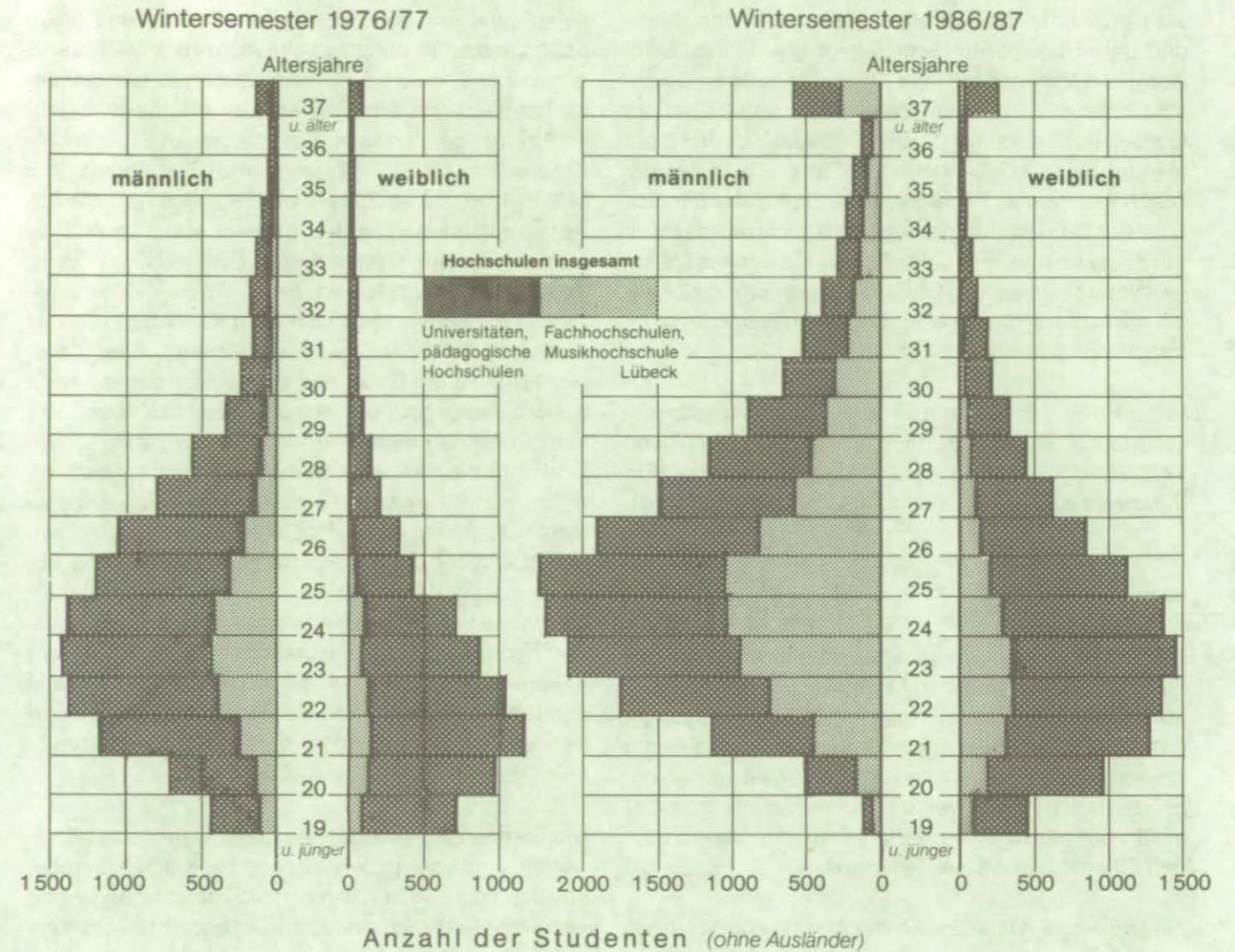
Neben der Konzentration der Schädlichkeitsparameter hatten die Kläranlagenbetreiber auch die Jahresfrachten der absetzbaren Stoffe, des biochemischen (BSB₅) und des chemischen Sauerstoffbedarfs (CSB) anzugeben. Soweit eine Berechnung der aus Analysewert und Abwassermenge zu ermittelnden Jahresfracht von den Betreibern nicht erfolgte, errechnete das Statistische Landesamt die Angaben. Als Grundlage der Berechnungen dienten die von den zugelassenen Abwasseruntersuchungsstellen ermittelten und von den Kläranlagenbetreibern zur Verfügung gestellten Analysewerte. Lagen mehrere Analysen für das Jahr 1983 vor, so wurden, ausgehend vom Datum der Analysen, die Zeiträume zwischen den Analysezeitpunkten — gemessen in Monaten — gebildet und daraus ein gewo-

Studenten von 1977 bis 1987

Entwicklung nach Hochschularten



Altersstruktur



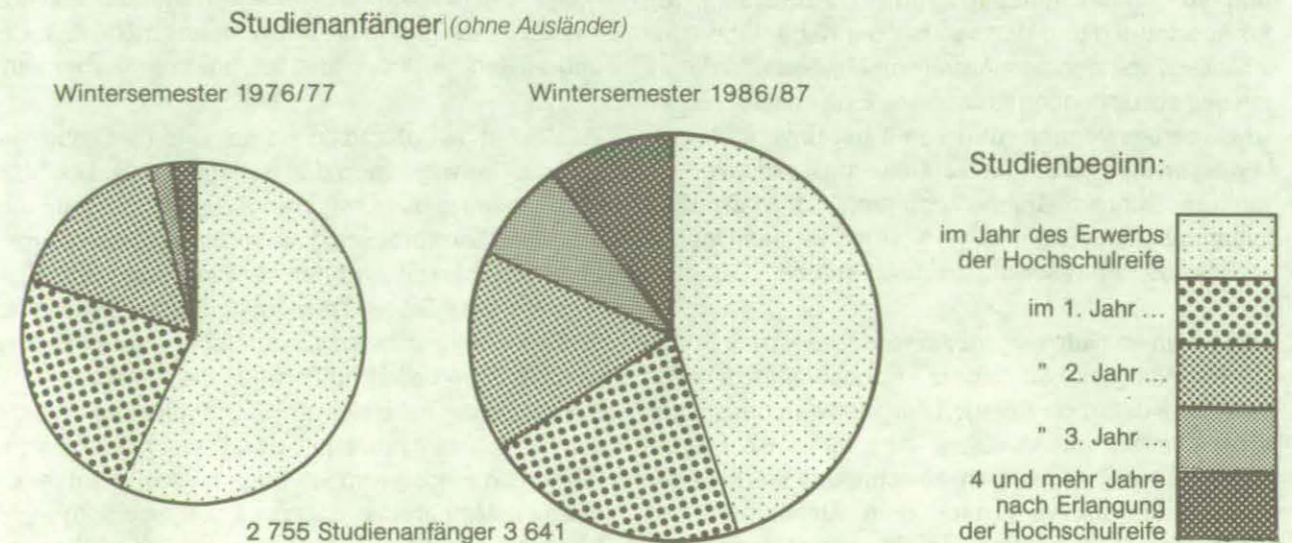
Die Altersstruktur hat sich in den letzten zehn Jahren erheblich verändert. Obwohl die Gesamtzahl der Studenten stark gestiegen ist, waren im Wintersemester 1986/87 weniger Studenten im Alter von 20 Jahren und jünger immatrikuliert als im Wintersemester 1976/77. Die Verschiebung der Altersstruktur zu Lasten der jungen Jahrgänge läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß der Zeitraum zwischen Erwerb der Hochschulreife und

Studienbeginn länger geworden ist.

Dabei hat der Anteil der Studienanfänger, die ihr Studium drei und mehr Jahre nach dem Erwerb der Hochschulreife begonnen haben, erheblich zugenommen. Vielfach dürften eine praktische Berufsausbildung oder der Wehrdienst vorgezogen worden sein.

D 5611 Stat. LA S-H
GRAFIK DES MONATS JUNI 1987

Zeitraum zwischen Hochschulreife und Studienbeginn



genes Mittel der Schädlichkeitskonzentration für das Jahr errechnet. Das Produkt aus gewogenem Mittel und Jahresabwassermenge ergibt die Jahresfracht. Das in die Vorfluter geleitete Abwasser hatte im Durchschnitt eine Fracht absetzbarer Stoffe von 2,0 ml pro Liter, einen chemischen Sauerstoffbedarf von 104 g pro m^3 und einen BSB₅-Wert von 31 g pro m^3 . Nur der Durchschnittswert für absetzbare Stoffe lag deutlich über der Mindestanforderung von 0,5 ml pro Liter, was durch die verminderte Leistung des Klärwerkes Hetlingen verursacht wurde. Ohne Hetlingen ergibt sich für die absetzbaren Stoffe eine durchschnittliche Konzentration von 0,2 ml pro Liter.

In der Erhebung 1983 wurde auch erstmals die Abwasserbelastung durch Cadmium erfragt. Am Abfluß von 17 Kläranlagen stellte man in 48 Mill. m^3 Abwasser eine durchschnittliche Konzentration von 0,0007 mg/l fest.

Klärschlamm

Mit dem Einleiten des gereinigten Abwassers in die Vorfluter ist die Aufgabe der Abwasserbeseitigung nicht abgeschlossen. Vielmehr muß nun der im Reinigungsprozeß der Kläranlage angefallene Abwasserschlamms in seiner unterschiedlichsten Zusammensetzung so behandelt und beseitigt werden, daß seine Schmutzstoffe nicht über den Wasserkreislauf erneut in das Grund- und Oberflächenwasser gelangen.

Als Faustregel gilt, daß nach der Abwasserbehandlung etwa 1 % des Abwassers als Klärschlamm (Rohschlamm) zurückbleibt, der unbehandelt einen Wassergehalt zwischen 95 bis 98 % und damit eine Trockensubstanz von 5 bis 2 % aufweist. Die Menge des Klärschlammes ist abhängig vom Abwasservolumen, vom Verschmutzungsgrad des Abwassers, von der Ausstattung und Wirksamkeit der Kläranlagen und schließlich von den administrativen Mindestanforderungen des abzuleitenden Abwassers. Eine anspruchsvolle Abwasserbeseitigung führt somit bei unverändertem Abwasservolumen und Verschmutzungsgrad zu einem höheren Klärschlammaufkommen, so daß Klärschlammabeseitigung und -verwertung verstärkt im Mittelpunkt der Abwasserbeseitigung stehen.

1983 fielen im Rahmen der Abwasserreinigung in den 670 Kläranlagen 1,53 Mill. m^3 Rohschlamm an, das sind 0,8 % der in die Anlagen eingeleiteten häuslichen und gewerblichen Abwässer (184 Mill. m^3). Hierbei handelt es sich um einen errechneten Wert; in der Abwasserstatistik wird nach dem Aufkommen des behandelten Klärschlammes, nicht aber nach der Roh-

schlammmenge gefragt. Die läßt sich mit Hilfe der Mengenangabe zum behandelten Klärschlamm und einem angenommenen durchschnittlichen Trockensubstanzgehalt in Höhe von 5 % ziemlich genau bestimmen. So vorgegangen errechneten sich die meisten Rohschlammengen an den Kläranlagen in Rendsburg-Eckernförde (0,23 Mill. m^3) und Pinneberg (0,19 Mill. m^3), wo mit je 33 Mill. m^3 auch das höchste Abwasseraufkommen in den Kreisen anfiel. Allerdings stammte die Abwassermenge in Rendsburg-Eckernförde von einer um 12 % höheren Wohnbevölkerungszahl — wie bereits erwähnt hat die Kläranlage, die das Abwasser der Kieler Einwohner aufnimmt, ihren Standort in Rendsburg-Eckernförde —, was in diesem Kreis sicher zu einer größeren Schadstofflast des Abwassers führte und damit gegenüber Pinneberg das höhere Schlammvolumen begründet. Wie ebenfalls bereits erwähnt, konnte im Kreis Pinneberg 1983 die leistungsstarke Kläranlage in Hetlingen aus technischen Gründen nicht die Mindestanforderungen an die Abwasserreinigung erfüllen, wodurch die dem Abwasser entzogene Schlammmenge geringer ausfiel. Bemerkenswert hoch ist auch die unbehandelte Schlammmenge der Kläranlagen im Kreis Steinburg (0,14 Mill. m^3), die nicht durch ein besonders hohes Abwasseraufkommen erklärt werden kann, sondern durch den überproportionalen Anteil gewerblichen Abwassers.

Um Fragen zum Verbleib des Klärschlammes zu beantworten, sind vorweg die Angaben zur Klärschlammbehandlung darzulegen. Von den 670 Kläranlagen führten 493 Anlagen (67 %) eine anschließende Klärschlammbehandlung durch. Aufgabe jeder Schlammbehandlung ist es, die angefallenen Abwasserschlämme beseitigungsfähig zu machen. Das geschieht in erster Linie durch eine Volumenreduzierung, d. h. durch Senkung des Wassergehalts und Abbau der organischen Stoffe. Die Behandlungsverfahren müssen außerdem krankheitserregende Organismen unschädlich machen und sollten geruchsbildende Prozesse verhindern.

Zwei wichtige Behandlungsarten sind die Stabilisation und die Entwässerung des Rohschlammes. Die Stabilisation dient der Verringerung von geruchsbildenden Inhaltsstoffen und Schlammfeststoffen, der besseren Entwässerbarkeit und der Verminderung von Krankheitserregern. Sie wird durch biologische, physikalische und/oder chemische sowie durch thermische Prozesse bewirkt. Eine bewährte Form ist die anaerobe Stabilisation, bei der mit Hilfe von Fäulnisbakterien unter Ausschluß von Luftsauerstoff der Rohschlamm in Faultürmen behandelt wird. Im Zuge dieses Verfahrens bildet sich Methangas, das zur Energieversorgung der Kläranlage genutzt werden kann. Ähnlich häufig wie die

Schlammfäulung wird die aerobe Stabilisation angewendet. Hier erfolgt mit Hilfe von Mikroorganismen die Umwandlung der organischen Stoffe in mineralische Endprodukte unter ständiger Belüftung. Vor allem aber wird das Schlammvolumen durch die Entwässerung des Rohschlammes gemindert. Die Entwässerung kann durch Trockenbeete erfolgen, in denen das Wasser verdunstet und in Dränagen versickert. Weniger platz- und zeitaufwendig sind Entwässerungsverfahren, bei denen neben der Schwerkraft Hilfsmittel wie Zentrifugen und Pressen eingesetzt werden. Besonders stark wird der Wassergehalt des Rohschlammes durch thermische Prozesse, wie z. B. durch die Schlamm-trocknung, reduziert. Um die Intensität der Entwässerung, aber auch anderer Behandlungsverfahren zu steigern, wendet man die Schlammkonditionierung an. Durch sie wird im Wege einer chemischen oder thermischen Vorbehandlung des Rohschlammes die Abgabe des gebundenen Wassers verbessert. Damit das erreicht wird, werden in vielen Fällen dem Schlamm Konditionierungsmittel wie Kalk, Asche oder Chloride beigemischt. Weitere Verfahren der Klärschlammbehandlung sind die Eindickung, mit der die Feststoffkonzentration durch langzeitige Absatzvorgänge gesteigert wird und schließlich die Hygienisierung, durch die die Ausbreitung von Krankheitserregern verhindert werden soll.

Das Behandlungsverfahren der anaeroben Stabilisation wendeten 1983 in Schleswig-Holstein Kläranlagen unterschiedlicher Größe, verstärkt aber die leistungstärkeren Anlagen an. Dagegen war das Verfahren der aeroben Stabilisation überwiegend bei kleinen und mittleren Kläranlagen im Einsatz. Von den 493 Anlagen mit Klärschlammbehandlung führten 237 eine anaerobe und 232 eine aerobe Stabilisation des Rohschlammes durch. Die verschiedenen Entwässerungsverfahren wie z. B. Trockenbeete und Zentrifugen wurden in 86 Fällen angewendet. Bei diesen Zahlenangaben handelt es sich um Fallzählungen: Eine Anlage kann sowohl den angefallenen Schlamm anaerob und aerob behandeln sowie ihn zusätzlich einer Entwässerung unterziehen, und zwar auf verschiedene Arten. Kombinierte Behandlungsverfahren setzten 92 Kläranlagen ein.

Anders als der rechnerische Wert des Rohschlammaufkommens werden die behandelten und die zur weiteren Verwendung angefallenen Klärschlamm-mengen von den Anlagenbetreibern direkt erfragt. Danach meldeten die Anlagen eine Abgabe von 620 000 m³ Klärschlamm, darunter befanden sich auch Schlamm-mengen von Anlagen, die selbst keine Behandlungsverfahren aufwiesen. Zusätzlich hierzu behielten die Kläranlagen, die keine Voraussetzung für eine weitere Aufbereitung

hatten, den unbehandelten Schlamm so lange, bis die Aufnahmekapazität der Anlage erschöpft war und ein Unternehmen für die Entsorgung beauftragt wurde.

Die 620 000 m³ Klärschlamm hatten einschließlich der rund 10 000 t Konditionierungshilfsmittel eine Trockensubstanzmenge (TS) von fast 74 000 t und damit einen durchschnittlichen Trockensubstanzgehalt von 12 %. Durch die Stabilisation und vor allem durch die Entwässerung hat sich das Rohschlammvolumen damit um mehr als die Hälfte reduziert. Diese Aussage gibt einen ersten Hinweis auf die Effektivität der Schlammbehandlung. Für Fragen der Entsorgung des Klärschlammes sind Angaben über die Schlammvolumina ohne gleichzeitige Kenntnis der Trockensubstanz wenig sinnvoll, da z. B. gleichgroße Klärschlamm-mengen mit verschiedenen Trockensubstanzanteilen entsprechend mehr oder weniger Deponiekapazität in Anspruch nehmen.

Je nach Zusammensetzung des Rohschlammes, Art der Behandlung und beabsichtigter Entsorgung unterscheiden sich die Trockensubstanzgehalte des Klärschlammes in den einzelnen Kreisen. Das höchste Rohschlammaufkommen Schleswig-Holsteins, das in Rendsburg-Eckernförde, verringerte sich von 232 000 m³ auf 47 000 m³ Klärschlamm (- 80 %), wobei durch die Behandlung der Gehalt an Trockensubstanz auf 27 % anstieg. Auffällig dabei ist der hohe Anteil Konditionierungshilfsmittel, der bei der Aufbereitung des Rohschlammes an den Anlagen in Rendsburg-Eckernförde verwendet wurde. Bleiben die rund 3 500 t Konditionierungshilfsmittel — das sind über ein Drittel der gesamten Hilfsmittel — unberücksichtigt, dann reduziert sich der Trockensubstanzgehalt auf 21 %. Noch höhere Anteile Trockensubstanz wiesen die behandelten Schlamm-mengen in Neumünster (46 %) und im Kreis Pinneberg (40 %) auf. Auch die Anlage in Neumünster verbesserte die Eigenschaften des Schlammes für die weitergehende Aufbereitung durch einen hohen Einsatz von Konditionierungshilfsmitteln (1 700 t). Vor allem wurde die starke Verringerung des Wassergehalts aber durch die Leistungsfähigkeit der Kammerfilterpresse erreicht, mit der die Anlage ausgerüstet ist. Ähnlich effektiv arbeitete die thermische Entwässerung, wodurch der hohe Trockensubstanzgehalt des Klärschlammes auch ohne Beimischung von Konditionierungshilfsmitteln im Kreis Pinneberg erklärt werden kann. Nach den vorliegenden Auswertungen wird der Rohschlamm dagegen in Lübeck ausschließlich und im Kreis Dithmarschen zum größten Teil nur aerob oder anaerob stabilisiert, so daß dort der behandelte Klärschlamm noch einen Wassergehalt von 96 % aufwies. Auch nach der Behandlung hatte die Anlage in der Hansestadt

noch ein Klärschlammaufkommen von 166 000 m³, das sind 27 % des gesamten Aufkommens und ist mit Abstand das höchste aller Kreise und kreisfreien Städte.

In den übrigen Kreisen lagen die Anteile Trockensubstanz zwischen den Werten von 46 % und 1 %. Auf eine tiefergehende Darstellung und Interpretation muß hier verzichtet werden, da die Kreisergebnisse Durchschnittswerte von bis zu 90 Einzelangaben wiedergeben, dennoch aber Sondereinflüsse dominieren können. Hinzu kommt, daß mancher Betreiber von der Ausstattung seiner Anlage her nicht immer in der Lage war, alle Fragen zur Klärschlammbehandlung zu beantworten.

Nach der Behandlung des Klärschlammes stellt sich die Frage nach seinem Verbleib. Von den 620 000 m³ behandelten Schlammes kamen rund 80 400 m³ (3 300 t TS) bis zur endgültigen Entsorgung auf ein Zwischenlager, und 57 400 m³ (2 200 t TS) wurden vor allem wegen einer weitergehenden Behandlung an andere Kläranlagen transportiert. Die letztgenannte Schlammmenge ist in den insgesamt 620 000 m³ somit doppelt enthalten. Zur endgültigen Beseitigung standen 1983 also 482 000 m³ (68 200 t TS) Klärschlamm an. Am häufigsten erfolgte dabei die Entsorgung durch Ablagerung auf Deponien. 250 000 m³, das ist mehr als die Hälfte (52 %) des zur Beseitigung anstehenden Klärschlammvolumens, wurde 1983 auf Deponien abgelagert. Gemessen in Feststoffmengen entspricht das einem Gewicht von fast 37 600 t TS, das sind 55 % der insgesamt zu beseitigenden Trockensubstanz von 68 200 t. Auf Deponien lagerten vor allem die Kläranlagen in Lübeck, in Neumünster und in Rendsburg-Eckernförde ihren behandelten Schlamm. Allein aus der Hansestadt kamen 103 000 m³ oder 41 % des auf Deponien abgelagerten Klärschlammes.

Die Aussagen über die Beseitigung des Klärschlammes erfolgt aus der Sicht der Anlagenbetreiber. Entscheidet er sich für die Ablagerung auf einer Deponie, so wird der Klärschlamm als Abfall behandelt und als solcher bei der aufnehmenden Deponie in der Abfallstatistik erfaßt. Auch wenn die Abwasser- und Abfallstatistik in verschiedenen Periodizitäten und in abweichenden Gewichtseinheiten erhoben werden, so zeigt sich hier beispielhaft die Kontrollfunktion der Umweltstatistiken über Entstehung und Verbleib eines zunehmend an Bedeutung gewinnenden Abfallprodukts.

Neben der Ablagerung auf Deponien findet der Klärschlamm vor allem in der Landwirtschaft Verwertung. Allerdings wird die Ausbringung auf landwirtschaftlich genutzte Fläche begrenzt, da die bodenverbessernde

und düngende Wirkung des Klärschlammes durch die in ihm enthaltenen Schwermetalle stark beeinträchtigt werden kann. Weil die schädigende Wirkung zugenommen hat, wurden mit der Klärschlammverordnung, die am 1. April 1983 in Kraft getreten ist, Regeln für die Verwertung des Klärschlammes in der Landwirtschaft bundesweit aufgestellt. Danach dürfen z. B. pro ha innerhalb von 3 Jahren maximal 5 t Trockenmasse aufgebracht werden. Darüber hinaus darf der Klärschlamm nur dann auf eine landwirtschaftliche Fläche gebracht werden, wenn weder der Boden noch der Klärschlamm Höchstwerte bestimmter Schwermetalle überschreitet.

151 000 m³ Klärschlamm mit einer Trockensubstanz von 22 600 t wurden 1983 an die Landwirtschaft abgegeben. Das sind etwa ein Drittel des zur Beseitigung anstehenden Klärschlammes. Diese Form der Entsorgung betrieb man im Kreis Pinneberg und Segeberg fast ausschließlich, der Klärschlamm der dortigen Anlagen wurde zu über 84 % landwirtschaftlich verwertet. Überdurchschnittlich hoch lagen auch die Anteile Klärschlamm, die in den Kreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Ostholstein an die Landwirtschaft gingen. Die restlichen 80 000 m³ Klärschlamm mit einer Trockensubstanz von 8 000 t gingen in die Kompostierung — so verfuhr man ausschließlich in Flensburg —, wurden wie im Kreis Steinburg Verbrennungsanlagen zugeführt oder durch sonstige Verfahren beseitigt.

Mit ansteigender Klärschlammmenge könnte die Entsorgung schwieriger werden, da die Ablagerung auf Deponien nicht unproblematisch ist und die Ausbringung des Endprodukts aus Kläranlagen auf landwirtschaftlich genutzte Flächen durch die Klärschlammverordnung eingeschränkt wird. Auch eine Volumenreduzierung durch Verbrennen kann wegen der Kosten, vor allem aber wegen der möglichen Schwefeldioxyd- und Schwermetallbelastung der Rauchgase keine endgültige Lösung sein. Um so interessanter ist daher ein Verfahren der Hamburger Universität, das die umweltfreundliche Verarbeitung des Klärschlammes in Leicht- und Teeröle möglich macht. Durch die sogenannte Pyrolyse wird durch Erhitzung unter Luftabschluß dieser wertvolle Chemierohstoff gewonnen. Der Nachricht aus Hamburg zufolge ist es auf diesem Wege möglich, aus 50 000 000 m³ Klärschlamm 500 000 t Öl zu gewinnen. Ob Klärschlamm zu einer neuen Ölquelle wird, muß die Zukunft zeigen.

Friedrich-Karl Wormeck

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht Q I 1 - 4/83 (Teil 2).

Kurzberichte

Wirtschaftliches Wachstum 1986

In Heft 3/1987 dieser Zeitschrift war berichtet worden, daß das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins real, d. h. in Preisen von 1980 gemessen, 1986 um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen sei. Daß es sich hierbei um eine erste vorläufige Schätzung handelte, in die auch noch nicht alle Monatswerte des Jahres 1986 eingegangen sind, wurde besonders betont.

Inzwischen liegt die Überrechnung dieser Schätzung vor. Die darin enthaltenen Monatsdatenreihen sind weitgehend komplett, einige andere Daten wurden aktualisiert. Danach bestätigt sich die reale Wachstumsrate von etwa 2 %. Die Zahlen sind allerdings weiterhin vorläufig.

Veränderung der realen¹ Bruttowertschöpfung und des realen¹ Bruttoinlandsprodukts 1986 gegenüber dem Vorjahr in %

- Vorläufige Werte -

Bereich	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	6,7	5,9
Warenproduzierendes Gewerbe	0,8	2,1
Handel und Verkehr	2,5	2,3
Dienstleistungsunternehmen	3,3	3,9
Staat, private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,5

1) Preisbasis 1980

Die gegenüber der ersten Schätzung fundiertere Berechnung erlaubt auch den Nachweis von Bereichsergebnissen. Allerdings ist hier der Hinweis nötig, daß die ausgewiesenen Veränderungsrate in diesem frühen Stadium der Berechnungen nur begrenzt signifikant sind.

Immerhin läßt sich sagen, daß die Entwicklung in den Bereichen sehr uneinheitlich verlaufen ist. Im warenproduzierenden Gewerbe, dem an der Wertschöpfung

gemessen bedeutendsten Bereich, ist der Zuwachs an Gütern und Diensten nicht so hoch gewesen wie im Bundesgebiet. Auf die strukturellen Anpassungsprozesse im Schiffbau und im Baugewerbe, die unser Land in besonderer Weise berühren, sei hier nochmals hingewiesen. Wie sich die Verbesserung der terms of trade — stark gesunkene Preise für einige wichtige Importgüter (besonders Erdöl) bei weitgehend konstanten Preisen für Exporte — für Schleswig-Holstein ausgewirkt hat, läßt sich zur Zeit noch nicht detailliert beantworten. Auch wegen dieses Sondereffektes im Jahre 1986 sei der vorläufige Charakter der Veränderungsrate besonders betont.

Das hohe reale Wachstum in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei muß vor dem Hintergrund der Preisentwicklung gesehen werden. Für die Berechnung der realen Größen werden die Produktion und die Vorleistungen in Preisen von 1980 bewertet. Die Preisdifferenzen zwischen 1986 und 1980 sind in diesem Bereich besonders hoch. Die Veränderungsrate der realen Wertschöpfung spiegelt also nicht die Erlössituation der Landwirte wider, denn deren Erzeugerpreise sind auch 1986 kräftig gesunken. Der Preisindex für landwirtschaftliche Produkte fiel 1986 um nicht ganz 6 % (Bundeswert). Allerdings sind in etwa gleicher Höhe (ebenfalls Bundesdurchschnitt) auch die Preise für die landwirtschaftlichen Betriebsmittel gesunken. Die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen ist daher 1986 ebenfalls kräftig gestiegen (+ 7 %). Erfahrungsgemäß ist allerdings in diesem relativ kleinen Wirtschaftsbereich die Treffsicherheit der ersten Schätzung etwas geringer, zumal in der Landwirtschaft auch der ökonomische Bezugszeitraum, das sog. Wirtschaftsjahr, nicht mit dem Kalenderjahr übereinstimmt und schon von daher die Datenbasis ungünstiger ist.

In den tertiären Bereichen Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen und Staat lag die Landesentwicklung etwa auf dem Bundesniveau. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs wegen der ungünstigeren Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe 1986 nur unterdurchschnittlich, aber immerhin noch in etwa gleichem relativen Ausmaß wie in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen und etwas stärker als in Hamburg, Bremen und im Saarland.

Bernd Struck

Arbeitsstätten des Einzelhandels 1985

Am 29. März 1985, dem Erhebungsstichtag der Handels- und Gaststättenzählung 1985 für den Bereich Handel, gab es in Schleswig-Holstein 16 400 Einzelhandelsarbeitsstätten mit einer Geschäftsfläche von 6 Mill. m². Einschließlich der tätigen Inhaber, mithelfenden Familienangehörigen und Teilzeitbeschäftigten waren dort 101 000 Personen beschäftigt. Der im Jahre 1984 getätigte Umsatz belief sich auf 20,4 Mrd. DM.

Ein Drittel der Arbeitsstätten (einschließlich neugegründeter Arbeitsstätten und Arbeitsstätten mit Rumpfgeschäftsjahr) erzielte 1984 einen Umsatz von weniger als 250 000 DM. Auf sie entfielen jedoch nur 3 % des Umsatzes aller Einzelhandelsarbeitsstätten. In knapp 40 % der Arbeitsstätten lag der Umsatz im Jahre 1984 zwischen 250 000 und 1 Mill. DM. Der Umsatzanteil dieser Arbeitsstätten betrug 16 %. Mehr als 1 Mill. DM setzten 23 % der Arbeitsstätten um. Auf sie entfielen 80 % des gesamten Arbeitsstättenumsatzes.

Unter den 16 400 Arbeitsstätten befanden sich 12 500 Einbetriebsunternehmen (Anteil: 76 %) und 3 900 Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen des Handels oder Gastgewerbes mit Sitz in Schleswig-Holstein oder im übrigen Bundesgebiet. Während die Einbetriebsunternehmen fast 60 000 Personen beschäftigten, waren in den Filialen der Mehrbetriebsunternehmen knapp 42 000 Personen tätig. Einbetriebsunternehmen und Zweigniederlassungen setzten 1984 jeweils rund 10 Mrd. DM um.

Arbeitsstätten¹ des Einzelhandels in Schleswig-Holstein

Merkmal	1979 (31. März)	1985 (29. März)	Veränderung in %
Anzahl	16 676	16 371	- 1,8
Beschäftigte	105 424	101 318	- 3,9
Geschäftsfläche in 1 000 m ²	5 249	6 018	+ 14,7
Umsatz ² in Mill. DM, jeweils Vorjahr	16 213	20 354	+ 25,5

1) ohne Verkaufsstellen von Unternehmen außerhalb des Handels oder des Gastgewerbes

2) einschließlich Umsatzsteuer

Gegenüber 1979 verringerte sich die Zahl der Einzelhandelsarbeitsstätten in Schleswig-Holstein um 300 oder 2 %. Allerdings ging nur die Zahl der Einbetriebs-

unternehmen zurück, und zwar um 500 oder 4 %. Die Zahl der Zweigniederlassungen nahm dagegen um 200 oder 6 % zu. Auch die Zahl der Beschäftigten war rückläufig. 1985 waren es 4 000 weniger als 1979 (- 4 %). Die Geschäftsfläche wurde demgegenüber um 769 000 m² oder 15 % ausgedehnt. Der Umsatz 1984 war um rund ein Viertel höher als der Umsatz im Jahre 1978.

Vier Wirtschaftsgruppen verzeichneten 1985 weniger Arbeitsstätten als 1979. Das waren der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln* (- 15 %), der Elektroeinzelhandel* (- 3 %), der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschinen (- 5 %) sowie der Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (- 32 %). Die meisten Arbeitsstätten büßte der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln ein. In diesem Bereich wurden zwischen 1979 und 1985 per Saldo rund 1 000 Arbeitsstätten aufgegeben. Mehr Arbeitsstätten als 1979 wiesen der Einzelhandel mit Textilien* (+ 14 %), der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 19 %), der Einzelhandel mit Fahrzeugen* sowie der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (+ 6 %) auf. Am stärksten expandierte der Einzelhandel mit Textilien. Dort kamen zwischen 1979 und 1985 per Saldo knapp 400 Arbeitsstätten dazu. Annähernd konstant blieb die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel mit pharmazeutischen Artikeln*.

Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleich zu 1979 in sieben Wirtschaftsgruppen zurück. Am größten war der Rückgang im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln (- 1 400). Dahinter folgten der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (- 1 200) sowie der Einzelhandel mit Fahrzeugen (- 1 100). Mehr Beschäftigte verzeichneten der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 700) sowie der Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen (+ 200).

Die Geschäftsfläche wurde in sieben Wirtschaftsgruppen vergrößert. Überdurchschnittlich stark expandierte sie in drei Wirtschaftsgruppen, nämlich im Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (+ 32 %), im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen

* Bezeichnung der Wirtschaftsgruppe abgekürzt. Genauer: Einzelhandel mit

- Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
- elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten und Musikinstrumenten
- Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
- Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen
- pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln und Anstrichbedarf

den (+ 18 %) und im Einzelhandel mit Textilien (+ 17 %). Den höchsten, absoluten Zuwachs verzeichnete der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art. Dort nahm die Geschäftsfläche um 362 000 m² auf 1,5 Mill. m² zu. Wesentlichen Anteil hieran hatten die Baumärkte und der Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen. Bemerkenswert ist, daß der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln seine Geschäftsfläche um 154 000 m² oder 14 % ausdehnte, obwohl die Zahl der Arbeitsstätten im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln um 15 % verringert worden war.

Der Umsatz hat sich in allen Wirtschaftsgruppen positiv entwickelt, die Zuwachsraten waren jedoch sehr verschieden. Den höchsten prozentualen Anstieg verbuchten die freien Tankstellen (+ 69 %). Dann folgten der Einzelhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen (+ 40 %), der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen (+ 36 %) und der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art (+ 31 %). Über dem Durchschnitt lag die Zuwachsrate auch im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln (+ 27 %). In den übrigen Wirtschaftsgruppen wuchs der Umsatz nur unterdurchschnittlich. Der Elektroeinzelhandel setzte im Jahre 1984 nur 3 % mehr um als 1978. Er hatte damit von allen Wirtschaftsgruppen den geringsten prozentualen Umsatzzuwachs.

Karlheinz König

Rehabilitationsmaßnahmen 1985

Vor einem Jahr, in Heft 6/1986 dieser Zeitschrift, ist die Rehabilitationsstatistik ausführlich vorgestellt worden. Inzwischen liegen neue Ergebnisse vor, die aber nur ganz knapp besprochen werden sollen. Umfangreiche Tabellen stehen im Statistischen Landesamt zur Verfügung.

Da in dieser Statistik sowohl behinderte Personen als auch gewährte Maßnahmen, andererseits sowohl der Wohnort des Rehabilitanden als auch der Ort der Maßnahme ermittelt werden, entstehen in regionaler Hinsicht mehrere Gesamtzahlen, die es zu unterscheiden gilt.

1985 sind 50 500 Personen mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein rehabilitativ betreut worden. Sie haben zusammen 56 600 Maßnahmen erhalten. Die Hälfte davon ist

in Schleswig-Holstein durchgeführt worden, die übrigen in anderen Ländern. Andererseits haben 69 600 Rehabilitationsmaßnahmen in Schleswig-Holstein stattgefunden, zum größeren Teil also an Rehabilitanden aus anderen Bundesländern.

Diese Zahlen erschließen gewisse Beziehungen. Der Zählvorgang für diese Statistik wird durch den Abschluß einer Maßnahme oder Maßnahmenkette ausgelöst. Wenn dies 1985 56 600 mal geschah, aber nur 50 500 Personen berührt waren, ist die Häufigkeit, mit der mehrere Maßnahmen im Anschluß aneinander ablaufen, erkennbar. Unterstellt man, daß es sich dabei nur um je zwei Maßnahmen handelte, dann wäre dies bei jedem 8. Rehabilitanden der Fall gewesen, denn es gab 12 % mehr Maßnahmen als Behinderte. Da sicher auch Ketten mit 3 aufeinanderfolgenden Maßnahmen vorkommen, kann man schätzen, daß von 100 Rehabilitanden etwa 90 eine Maßnahme erhalten, 9 zwei Maßnahmen und 1 drei oder mehr Maßnahmen in einer Folge. Die mit jährlichen oder größeren Abständen sich wiederholenden, meist wohl medizinischen Maßnahmen, die im Laufe des Behindertenlebens immer wieder erforderlich werden können, treten hierbei nicht in Erscheinung; sie stellen für die Statistik jeweils alleinstehende Maßnahmen dar.

Der zweite interessante Aspekt betrifft das Verhältnis von Wohnort zu Maßnahmenort. Mit 69 600 wurden in Schleswig-Holstein um 23 % mehr Maßnahmen durchgeführt als an Schleswig-Holsteinern, nämlich 56 600. Man könnte danach Schleswig-Holstein ein bevorzugtes Rehabilitationsland nennen. Noch deutlicher tritt dies hervor, wenn man den wechselseitigen Austausch zwischen unserem Land und allen anderen Gebieten ins Auge faßt. 28 250 Schleswig-Holsteiner reisten zur Rehabilitation in ein anderes (meist: Bundes-) Land, aber 41 300 Einwohner anderer Gebiete reisten zur Rehabilitation nach Schleswig-Holstein, das sind 46 % mehr.

Nach diesen Globalzahlen sollen die Ergebnisse nur knapp differenziert werden. Die wichtigsten Unterscheidungen sind die nach der Maßnahmenart und nach der Art des Trägers (siehe Kopf und Vorspalte der Tabelle). Der Schwerpunkt aller Maßnahmen lag im medizinischen Bereich und hier (wie auch insgesamt) beim Träger der gesetzlichen Rentenversicherung (RV) mit 59 %, ferner in der Berufsförderung durch die Bundesanstalt für Arbeit (20 %). Zur medizinischen Rehabilitation trugen auch die gesetzliche Krankenversicherung (KV) mit 7 % und die gesetzliche Unfallversicherung (UV) mit 5 % bei. Die restlichen 9 % der Maßnahmen verteilen sich wie aus der Tabelle ersichtlich.

Rehabilitationsmaßnahmen für Schleswig-Holsteiner 1985

Träger der Maßnahme	Medizinische Maßnahmen	Berufsfördernde Maßnahmen	Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	Insgesamt	Dagegen 1984
KV	3 907	-	-	3 907	34 031
UV	2 895	413	275	3 583	3 342
RV	33 202	1 558	-	34 760	28 220
Übrige*	1 477	11 397	1 448	14 322	14 300
Zusammen	41 481	13 368	1 723	56 572	X
Dagegen 1984	65 669	12 045	2 179	79 893	X

7 _____

*) Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Arbeitsförderung, Sozialhilfe (nur von Trägern aus anderen Bundesländern)

Der Rückgang der Zahl der Maßnahmen gegenüber 1984 beruht auf einer veränderten Zählweise bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Da in der Dokumentation der Krankenversicherer nicht vermerkt ist, ob der Krankenhausaufenthalt eines Patienten eine Rehabilitation im Sinne dieser Statistik darstellt oder nicht, mußte man nach Ersatzkriterien suchen. Als solche wurden eine Liste von vorgegebenen Diagnosen und die Aufenthaltsdauer bestimmt. 1981 bis 1983 galten Krankenhausaufenthalte dann als Rehabilitationen, wenn eine der aufgelisteten 460 von 980 Diagnosen¹ vorlag und wenn der Aufenthalt 3 Wochen oder länger gedauert hatte. Für 1984 wurde die Grenze der Aufenthaltsdauer

auf 4 Wochen erhöht. Ab 1985 gilt dagegen ein anderes Ersatzkriterium, nämlich die Behandlung nach § 184 a der Reichsversicherungsordnung (RVO), und das bedeutet: in Kur- und Spezialeinrichtungen. Die beiden bisherigen Ersatzkriterien sind damit aufgehoben. Für 1985 wurden die Krankenkassen gebeten, getrennt auch die Fälle nach den früheren Ersatzkriterien zu übermitteln. Dies waren 19 600, wobei nicht mehr zu ermitteln ist, ob zu dieser Zahl alle Krankenkassen beigetragen haben. Dies ist wahrscheinlich nicht der Fall, denn für 1984 hatten die Krankenversicherer 34 000 Fälle gemeldet, in denen die nach § 184 a RVO (also nach dem neuen Kriterium) enthalten waren. Danach wären etwa 30 000 Fälle alter Art anzunehmen, die ab 1985, wie oben erklärt, nicht mehr als Rehabilitanden gezählt werden.

Der Vergleich mit den Vorjahresergebnissen wird durch diese methodische Änderung nur an der genannten Stelle unmöglich gemacht. Die anderen Träger haben — soweit es in der obigen Tabelle differenziert wird — gleichviele Maßnahmen gewährt oder mehr als 1984. Besonders die Zahl der medizinischen Maßnahmen der Rentenversicherungsanstalten war 1985 erheblich höher als im Jahr zuvor (+ 23 %). Ihre Vorrangstellung unter den neun Leistungspaketen der obigen Tabelle hat sich damit — und durch den definitiven Rückgang bei der KV — weiter verstärkt. Von allen Rehabilitationen waren schon 1984 34 % medizinische Maßnahmen der Rentenversicherung gewesen, 1985 sind es sogar 59 % in diesem einen Paket.

1) nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) 1979

Arnold Heinemann

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

Verschuldung

- ohne Kassenkredite -

Stand Schuldenart	Maß- einheit	Kreisangehörige Gemeinden ¹⁾			Kirch- spiels- land- gemeinden	Kreis- freie Städte	Kreis- verwal- tungen	Provin- zial- verband	Ins- gesamt
		zusammen	darunter mit 5 000 und 10 001 weniger und mehr Einwohnern						
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920									
31. März 1912									
Langfristige Anleihen darunter in Form von Inhaberoobligationen	1 000 M	(88 066)	(42 087)	21 028		169 101	45 348	17 068	(319 583)
" "	" "	(4 549)	(-)	4 549	bei "Gemeinden" enthalten	135 263	8 956	15 568	(164 335)
Hypotheken- und Grundschulden, Restkaufgelder	" "	(1 081)	(517)	415		2 830	2 522	-	(6 433)
Kurzfristige Darlehen	" "	(523)	(523)	-		-	630	-	(1 153)
Zusammen	1 000 M	(89 670)	(43 126)	21 443		171 931	48 500	17 068	(327 169)
je Einwohner	Mark	(88)	(56)	223		326	44	11	(ca. 200)
Gebietskörperschaften	Anzahl	(1 987) ^a	(1 957)	6		5	20 ^b	1 ^c	(2 013)
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936									
31. März 1928									
Schulden aus Kreditmarktmitteln	1 000 RM	191 168
davon	" "	32 944
Altverschuldung ²⁾	" "	5 327
Festwert- u. Valutaschulden ³⁾	" "	152 897
Neuverschuldung (seit 1. 4. 1924)	" "	25 932
Schulden aus öffentl. Mitteln	" "	217 099
Zusammen	1 000 RM	143
je Einwohner	RM	
31. März 1935									
Schulden aus Kreditmarktmitteln	1 000 RM	67 613	26 625	29 810	712	162 192	39 590	38 927	309 033
davon	" "								
Altverschuldung ²⁾	" "	4 300	2 446	1 442	155	18 911	4 835	1 711	29 911
Festwert- u. Valutaschulden ³⁾	" "	132	127	-	-	5 327	-	2	5 462
Neuverschuldung (seit 1. 4. 1924)	" "	63 180	24 051	28 369	557	137 954	34 755	37 214	273 661
davon	" "								
Auslandschulden	" "	551	118	255	-	3 129	1 540	-	5 220
Inlandschulden	" "	62 629	23 933	28 114	557	134 825	33 216	37 214	268 441
davon	" "								
langfristige ⁴⁾	" "	53 943	20 072	24 754	327	113 335	25 846	35 173	228 625
mittelfristige ⁵⁾	" "	4 133	1 556	1 457	41	16 833	5 070	567	26 644
kurzfristige ⁶⁾	" "	4 551	2 305	1 904	190	4 655	2 300	1 474	13 171
Schulden aus öffentl. Mitteln	" "	15 159	4 990	6 140	230	42 838	8 229	6 030	72 486
Zusammen	1 000 RM	82 771	31 614	35 950	943	205 030	47 819	44 957	381 520
je Einwohner	RM	85	44	215	11	334	49	29	240
Gebietskörperschaften darunter verschuldet	Anzahl	1 570	1 544	11	31	5	16 ^b	1 ^c	1 623
	"	1 023	997	11	31	5	16	1	1 076
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937									
31. März 1939									
Schulden aus Kreditmarktmitteln	1 000 RM	51 572	15 905	22 187	506	62 797	34 966	34 213	184 054
davon	" "								
Alt- und Festwertschulden ²⁾³⁾	" "	3 047	1 476	1 041	95	4 758	3 723	1 150	12 773
Neuverschuldung (seit 1. 4. 1924)	" "	48 525	14 430	21 147	411	58 040	31 243	33 062	171 281
davon	" "								
Auslandschulden	" "	367	97	201	4	536	1 447	-	2 354
Inlandschulden	" "	48 158	14 333	20 945	407	57 504	29 796	33 062	168 927
davon	" "								
langfristige ⁴⁾	" "	44 776	13 344	19 453	383	53 329	28 237	29 729	156 456
mittelfristige ⁵⁾	" "	2 427	883	1 123	2	3 943	1 154	3 333	10 860
kurzfristige ⁶⁾	" "	953	104	369	23	231	405	-	1 611
Schulden aus öffentl. Mitteln	" "	12 442	4 447	3 724	183	13 071	6 151	6 856	38 702
Zusammen	1 000 RM	64 013	20 352	25 911	688	75 869	41 117	41 069	222 756
je Einwohner	RM	62	29	173	9	138	40	26	140
Gebietskörperschaften darunter verschuldet	Anzahl	1 375	1 341	8	29	4	17	1	1 426
	"	999	965	8	24	4	17	1	1 045

1) 1912 ohne die 347 Gutsbezirke 2) Verpflichtungen aufgrund des Ablösungsgesetzes vom 16.7.1925 oder des Aufwertungs-
gesetzes vom 16.7.1925 oder aufgrund allg. Vorschriften gemäß § 242 BGB, ohne Ablösung von Neubezitz und noch streitige Beträge
3) Schulden aus der Zeit vor der Währungsstabilisierung, die auf eine andere als die Markwährung lauteten (auch Sachwerte)
4) Laufzeit 10 und mehr Jahre, einschl. Hypotheken ohne Rücksicht auf ihre Laufzeit
5) Laufzeit 1 bis unter 10 Jahre 6) Laufzeit höchstens 1 Jahr oder jederzeit kündbar
a) Die Bauernschaften innerhalb der Kirchspielslandgemeinden der Kreise Norderdithmarschen, Süderdithmarschen und Husum wurden
als "Gemeinden" mitgezählt b) einschl. Lauenburgischer Landeskommunalverband c) ohne Kreis Herzogtum Lauenburg

QUELLEN: 1912: Provinzialverband, Kreisverwaltungen (Landkreise): Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, 10. Jg. (1912)
Gemeinden, kreisfreie Städte: Königl. Preuß. Statist. Landesamt, Preussische Statistik, Heft 243
1928: Statist. Reichsamt, Die öffentliche Verschuldung im Deutschen Reich am 31. März 1928 und am 31. Dezember 1929 (Einzelschriften z. Stat. d. Dt. Reichs Nr. 13)
1935 und 1939: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 483, 548 III

Schluß: Verschuldung

Stand Schuldenart	Maß- einheit	Kreisangehörige Gemeinden			Ämter	Kreis- freie Städte	Kreis- verwal- tungen	Land	Ins- gesamt
		zusammen	darunter mit						
			weniger als 5 000	10 000 und mehr					
			Einwohnern						
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937									
31. Dezember 1965									
Altverschuldung (Inlandschulden bis zum 20.6.1948 entstanden)	1 000 DM	587	78	306	10	625	90	265 031	266 344
Vorkriegsauslandschulden (bis 7.5.1945 entstanden)	" "	19	-	13	-	-	-	-	19
Neuverschuldung ¹⁾ (seit 21.6.1948 entstanden)	" "	631 280	213 421	282 282	7 260	525 869	75 646	1 803 319	3 043 375
davon									
Schulden aus Kreditmarkt- mitteln	" "	414 043	131 171	193 950	4 442	429 792	39 298	490 216	1 377 792
darunter langfristige ²⁾	" "	375 870	117 241	180 156	4 249	410 062	38 613	.	.
Schulden aus öffentlichen Sondermitteln (z.B. Arbeits- losen- u. Sozialversicherung, Bundespost, Bundesbahn)	" "	23 355	5 871	11 667	48	17 880	2 972	75 970	120 225
Schulden bei Gebietskörper- schaften (Bund, Lasten- ausgleichsfonds, Länder)	" "	193 882	76 379	76 664	2 771	78 196	33 376	1 237 133	1 545 358
Zusammen	1 000 DM	631 887	213 500	282 601	7 271	526 494	75 736	2 068 350	3 309 738
Je Einwohner	DM	363	241	473	10	774	43	854	1 366
Gebietskörperschaften darunter verschuldet	Anzahl	1 384	1 315	32	216	4	17	1	1 622
	"	1 277	1 208	32	103	4	17	1	1 402

1) nur Inlandschulden, Nachkriegsauslandschulden ab 1965 nicht mehr vorhanden

2) Laufzeit 10 und mehr Jahre, einschl. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder

QUELLE: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Aufkommen an Steuern vom Einkommen, Vermögen und Umsatz

Das Steueraufkommen ist weitgehend vom Wirtschaftsverlauf abhängig; daneben können aber steuerrechtliche Änderungen die Steuereinnahmen beeinflussen. Dies gilt z. B. für die Umsatzsteuer der Jahre 1926 bis 1933; sie wurde in den Erholungs Jahren nach der Währungsstabilisierung 1923/24 mehrmals ermäßigt, dagegen in den Jahren der Wirtschaftskrise (1930 bis 1932) mehrmals erhöht.

Die Zahlen geben eine Vorstellung von der Steuerleistung des beschriebenen Gebiets; sie bedeuten nicht, daß ihm die Beträge auch zur Verfügung standen.

1965 machte das Aufkommen der in nachstehender Übersicht aufgeführten Steuerarten 57,3% des gesamten Steueraufkommens in Schleswig-Holstein aus.

Rechnungs- jahr (1.4.-31.3.)	Lohn- steuer	Veranlagte Einkommen- steuer 1)	Körper- schaft- steuer	Vermögen- steuer	Umsatz- steuer 2)	Lohn- steuer	Veranlagte Einkommen- steuer 1)	Körper- schaft- steuer	Vermögen- steuer	Umsatz- steuer 2)
Provinz Schleswig-Holstein (Gebiet 1920 bis 1936) ohne Helgoland										
1926	21 081	29 082	4 124	10 312	22 556	13,8	19,0	2,7	6,7	14,7
1927	25 802	34 580	5 094	10 155*	22 006*	16,7	22,4	3,3	6,6*	14,3*
1928	26 536*	36 752*	7 412	10 281*	24 412	17,1*	23,7*	4,8	6,6*	15,7
1929	26 627	38 103*	8 696*	12 403*	25 543	17,1	24,4*	5,6	7,9*	16,4
1930	25 535	35 344*	12 237	10 219	28 479*	16,3	22,5*	7,8	6,5	18,1*
1931	21 403	27 072*	8 956*	7 830*	26 019*	13,6	17,1*	5,7*	5,0*	16,5*
1932	15 062*	12 859*	5 155*	6 690*	35 612*	9,5*	8,1*	3,3*	4,2*	22,5*
1933	15 408	12 248*	4 433	7 311*	40 239*	9,7	7,7*	2,8	4,6*	25,3*
Provinz/Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937										
1937	32 112	48 394	14 912*	6 278	52 424*	21,9	33,0	10,2*	4,3	35,7*
1938	37 146*	68 203	21 796*	6 562	57 973	23,9*	43,9	14,0*	4,2	37,4
1 000 DM										
DM je Einwohner ³⁾										
1950	41 607*	75 996*	21 122	3 214	174 956	16,0	29,3	8,1	1,2	67,4
1951	77 749	106 400	33 136*	3 347	235 346*	31,0	42,5	13,2*	1,3	94,0*
1952	99 629	149 384	43 623	3 533	260 307	40,8	61,2	17,9	1,4	106,7
1953	97 994*	150 898*	50 009*	10 410*	272 006	41,4*	63,8*	21,1*	4,4*	115,0
1954	107 459	152 365	54 552	11 020	286 296	46,6	66,1	23,7	4,8	124,2
1955	117 861*	131 040*	35 021*	14 286	317 862	51,9*	57,7*	15,4*	6,3	140,0
1956	138 061	155 786	43 752	17 406	324 957*	(61,3)	69,2	19,4	7,7	144,3*
1957	147 416*	167 007*	59 809	15 935*	343 133	65,3*	74,0*	26,5	7,1*	152,0
1958	168 161*	196 230*	87 864*	17 559	357 610	74,2*	86,6*	38,8*	7,7	157,8
1959	190 996	270 561	87 470	20 412	392 971*	83,7	118,6	38,4	8,9	172,3*
Kalenderjahr										
1960	230 891*	312 164*	112 529	21 386*	426 873*	100,6*	136,0*	49,0	9,3*	186,0*
1961	303 078	369 289*	129 485*	28 714	471 886*	130,8	159,4*	55,9*	12,4	203,6*
1962	369 051*	406 913*	111 992*	28 125*	510 073*	157,6*	173,8*	47,8*	12,0*	217,9*
1963	432 227	453 026	123 658	30 565	523 117	182,8	191,6	52,3	12,9	221,3
1964	491 478	498 522	108 150	36 201	584 065	205,5	208,4	45,2	15,1	244,2
1965	523 568*	513 201*	127 338	35 052*	637 633	216,1*	211,8*	52,6	14,5*	263,2

*) Einflüsse steuerrechtlicher Art gegenüber dem Vorjahr (Neuabgrenzung der Steuergegenstände und Steuerbemessungsgrundlagen, Änderungen der Steuersätze und Steuertarife) 1) einschl. Steuer vom Kapitalertrag, ab 1937 einschl. Steuer auf Aufsichtsratsvergütungen 2) ab 1932 einschl. Umsatzausgleichsteuer (auf Einfuhren) 3) Zugrunde gelegt ist abweichend von früheren Veröffentlichungen des Amtes hier die mittlere Einwohnerzahl des jeweiligen Jahres (siehe Tab. I, 4)

QUELLEN: 1926 bis 1938: Statist. Reichsamt, Die Steuerleistung der Finanzamtsbezirke in den Rechnungsjahren 1926 bis 1938 (Einzelschriften z. Stat. d. Dt. Reichs Nr. 39)
1950 ff: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

39. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1987

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 613	2 614	2 613	2 613
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 303	699	951	846	479
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,8	6,0	3,5	4,3	3,9	2,2
*Lebendgeborene	Anzahl	1 925	2 058	1 821	1 942	2 185	2 020
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,5	9,1	8,7	10,2	9,1
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 611	2 582	2 519	3 028	2 722	2 668
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	11,9	12,6	13,6	12,7	12,0
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	14	22	18	10
	je 1 000 Lebendgeborene	8,3	7,8	7,7	11,3	8,2	5,0
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 686	- 524	- 698	- 1 086	- 537	- 648
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 3,1	- 2,4	- 3,5	- 4,9	2,5	- 2,9
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 461	5 195	4 047	4 336	5 206
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 746	4 795	3 434	4 096	4 673
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 715	+ 400	+ 613	+ 240	+ 533
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 057	9 548	7 939	7 873	9 353
Wanderungsfälle	Anzahl	20 265	19 538	15 420	16 305	19 232
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	118	114	137	129	116	130	130	125	110
darunter *Männer	1 000	69	65	83	78	67	79	79	76	65
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	11,8	10,6	17,5	17,8	12,9	20,7	19,2	18,9	12,5
darunter Männer	1 000	10,3	9,4	16,1	16,6	11,8	18,2	17,7	17,4	11,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,9	4,3	3,8	4,7	4,6	4,2	5,3	6,2	6,1
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 592 ^a	1 540 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	526 ^a	514 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	1 066	1 026
*Schweine	1 000	1 743 ^a	1 718 ^a	.	.	1 779	.	.	.	1 720
darunter *Zuchtsauen	1 000	193 ^a	191 ^a	.	.	194	.	.	.	185
darunter *trächtig	1 000	129 ^a	129 ^a	.	.	129	.	.	.	122
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	48	38	37	49	48	41	49	37
*Kälber	1 000 St.	1	1	0	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	232	227	208	200	242	226	205	222	202
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	3	3	3	5	3	3	2
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,8	32,6	27,6	26,9	34,2	32,2	28,3	32,2	27,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	14,0	10,6	10,5	14,1	13,7	11,6	14,1	10,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,7	18,4	16,8	16,2	19,8	18,3	16,5	17,9	16,5
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	292	285	287	290	289	291	290	263
Kälber	kg	115	117	110	115	128	118	108	113	110
Schweine	kg	82	82	82	82	83	82	82	82	82
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	151	122
*für Legehennenküken	1 000	2	1
für Masthühnerküken	1 000	149	121
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	274	120
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	217	218	191	227	251	p 205	p 184	p 217	p 231
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	t	96	95	94	92	97	p 95	p 94	p 93	p 97
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,8	13,0	14,1	16,1	p 12,7	p 12,8	p 13,6	p 15,0

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	167	165	165	166	164	163	163	163
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	114	113	113	114	112	111	110	111
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 970	15 705	15 539	15 278	16 751	14 920	14 926	15 760	15 460
*Lohnsumme	Mill. DM	319,1	328,7	281,5	291,0	324,7	303,5	280,8	296,5	326,2
*Gehaltssumme	Mill. DM	216,4	229,1	205,2	211,4	220,8	220,3	215,0	222,1	227,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 733	1 698	1 594	1 711	1 682	1 575	1 548	1 828	1 655
aus dem Inland	Mill. DM	1 155	1 123	1 061	1 166	1 160	1 106	1 053	1 194	1 109
aus dem Ausland	Mill. DM	578	575	533	545	522	469	496	634	546
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 046	3 054	2 712	2 833	3 215	2 772	2 630	2 941	2 934
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 390	2 399	2 136	2 189	2 575	2 057	2 052	2 220	2 314
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	656	577	644	640	715	578	722	620
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	17	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,6	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	72	51
*Leichtes Heizöl	1 000 t	8	10
*Schweres Heizöl	1 000 t	63	42
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	240	242	235	236	239	245	245	250	263
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	26	23	24	22	25	23	24	24
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	104,7	104,5	99,9	108,4	111,8	97,1	105,7
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 345	39 903	36 001	37 414	39 975	35 994	34 672	35 095	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 231	4 271	1 792	2 737	5 196	1 521	1 851	2 209	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 606	1 587	676	1 125	1 910	662	780	821	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	946	941	528	681	1 159	417	527	636	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 581	1 629	554	870	1 994	412	506	717	...
*Lohnsumme	Mill. DM	86,2	87,1	36,6	54,6	92,4	45,0	39,4	43,4	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,3	17,8	15,5	16,0	16,9	15,6	15,4	15,9	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	319,2	370,0	147,5	172,4	290,3	118,1	126,7	145,9	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	196,4	210,9	163,9	256,2	275,4	102,3	110,4	234,8	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 486	7 068	6 798	6 709	7 174	6 946	6 811	6 753	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	880	842	735	734	828	773	750	816	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,5	17,9	14,5	15,1	19,8	16,4	15,8	16,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,1	52,6	34,9	38,3	90,7	28,5	35,0	42,5	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 732	1 875	1 989	2 057	1 986	3 090	2 603
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	891	909	999	1 002	928	1 133	987
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,7	97,6	.	93,7
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	130,9	136,8	.	103,4

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II I 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III I 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
		Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	459	486	367	439	523	231	289	425	431
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	384	425	305	373	433	203	267	376	403
*2 Wohnungen	Anzahl	51	47	47	52	74	12	16	30	22
*Rauminhalt	1 000 m³	346	345	267	324	402	186	189	325	293
*Wohnfläche	1 000 m²	63	62	49	56	71	34	36	57	51
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	114	97	55	76	80	70	61	76	123
*Rauminhalt	1 000 m³	424	400	225	465	245	291	175	217	647
*Nutzfläche	1 000 m²	72	64	38	72	40	48	32	42	113
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	786	727	593	637	852	384	390	695	531
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	836,1	797,9	720,8	794,9	835,4	908,9	965,4	868,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,8	130,7	120,5	137,3	148,2	120,6	154,7	150,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	706,3	667,2	600,3	657,6	687,2	788,3	810,7	718,8	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	17,3	14,8	16,8	16,0	16,0	12,5	12,0	16,8	...
*Halbwaren	Mill. DM	69,0	47,5	45,3	45,3	62,9	40,0	39,5	46,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	620,0	604,9	538,2	596,4	608,3	735,8	759,1	655,3	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,9	87,3	88,6	85,9	99,2	80,6	92,9	99,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	525,2	517,6	449,6	510,5	509,2	655,2	666,2	556,1	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	386,5	398,0	387,9	431,8	449,2	330,6	373,6	419,6	...
darunter Niederlande	Mill. DM	87,5	78,5	73,9	114,2	83,4	64,3	69,2	82,8	...
Dänemark	Mill. DM	78,2	73,1	75,0	68,3	84,6	58,7	72,6	74,9	...
Frankreich	Mill. DM	68,9	72,0	76,2	72,0	80,5	63,3	68,7	77,9	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	60,8	66,0	63,9	68,5	70,2	62,5	64,5	61,5	...
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	111,5	113,8	95,6	108,9	115,8
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	107,5	110,0	69,7	90,2	99,4
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSSÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	245	258	102	181	227	76	103
darunter *von Auslandsgästen	1 000	27	32	15	24	32	8	14
*Übernachtungen	1 000	1 360	1 423	381	830	957	321	366
darunter *von Auslandsgästen	1 000	49	58	26	47	59	24	27
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 263	...	1 080	1 355	1 373
Güterversand	1 000 t	739	...	700	749	806
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	128	135	115	118	154	106	79	112	114
*Güterversand	1 000 t	142	159	117	133	177	108	132	142	157
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 604	10 184	8 489	11 703	13 141	5 831
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	261	216	76	559	579	9
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 732	9 316	7 906	10 451	11 702	5 321
*Lastkraftwagen	Anzahl	351	382	289	375	498	326
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	351	382	289	375	498	326
STRASSENVERKEHRUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 356	1 396	218	1 062	1 178	685	940	p 971	p 1 190
*Getötete Personen	Anzahl	31	31	21	34	24	17	27	p 31	p 32
*Verletzte Personen	Anzahl	1 726	1 799	1 050	1 336	1 481	893	1 200	p 1 235	p 1 513

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986			1987			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	70 876	73 724	71 822	72 547	72 582	73 729	73 632	74 008	74 278
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	69 135	72 255	70 181	70 967	71 002	72 232	72 135	72 456	72 795
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 817	9 721	9 905	10 439	10 288	9 589	9 278	9 443	9 251
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 594	9 384	9 728	10 216	10 031	9 356	9 087	9 283	9 012
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	223	337	177	222	257	232	191	161	239
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 082	5 384	6 012	5 871	5 775	4 849	4 764	4 665	4 777
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 587	4 077	4 596	4 506	4 432	4 030	3 966	3 910	4 043
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 495	1 308	1 416	1 364	1 343	819	798	754	735
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	53 236	57 149	54 264	54 657	54 938	57 795	58 093	58 347	58 766
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	39 954	43 173	40 849	41 025	41 262	43 363	43 358	43 468	43 673
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 282	13 977	13 415	13 633	13 676	14 432	14 735	14 879	15 093
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	45 182	50 691	47 140	46 857	46 977	51 258	51 406	51 228	51 348
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	28 203	31 571	29 380	29 055	29 111	32 060	32 120	31 901	32 021
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 686	24 780	22 671	22 435	22 467	24 931	24 958	24 851	24 903
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 518	6 791	6 709	6 620	6 643	7 130	7 163	7 050	7 118
*Spareinlagen	Mill. DM	16 978	19 120	17 760	17 802	17 866	19 198	19 286	19 328	19 327
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 894	13 759	13 073	13 099	13 090	13 859	13 904
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	1 039	1 088	1 117	959	1 155	1 548	1 109
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	980	975	1 029	917	1 091	1 470	1 021
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	73	66	86	56	49	49	60	106
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	330	281	258	315	303	342	272	242	...
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	1,9	2,2	2,3	3,0	2,7	2,3	2,3	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
		Vierteljahres- durchschnitt		1. Vj. 86			1. Vj. 87			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 408,5	2 564,8	.	2 519,6	.	.	.	2 640,7	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 748,4	1 827,3	.	1 698,0	.	.	.	1 718,3	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 296,5	1 323,8	.	1 200,7	.	.	.	1 257,4	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,6	249,6	.	242,1	.	.	.	225,0	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	26,8	29,8	.	35,4	.	.	.	34,4	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,5	224,2	.	219,8	.	.	.	201,6	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	660,1	737,4	.	821,5	.	.	.	922,4	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	366,4	438,7	.	528,7	.	.	.	635,9	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	293,7	298,8	.	292,8	.	.	.	286,5	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,1	.	147,6	.	.	.	143,2	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	r 0,0	.	.	.	0,0	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,6	120,0	.	r 119,1	.	.	.	114,6	.
*Landessteuern	Mill. DM	165,9	187,3	.	189,5	.	.	.	183,1	.
*Vermögenssteuer	Mill. DM	26,3	25,8	.	25,5	.	.	.	26,5	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,1	90,5	.	94,0	.	.	.	87,5	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,4	7,1	.	3,4	.	.	.	5,5	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	274,9	278,3	.	255,2	.	.	.	256,1	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,6	.	7,7	.	.	.	7,7	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	63,7	67,5	.	69,1	.	.	.	66,9	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	194,0	193,5	.	170,0	.	.	.	171,8	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 247,5	1 330,4	.	1 316,1	.	.	.	1 384,9	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	667,9	700,1	.	634,2	.	.	.	644,0	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	432,4	479,3	.	534,0	.	.	.	599,5	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	0,4	.	.	.	- 1,8	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 438,8	1 518,6	.	1 554,1	.	.	.	1 520,6	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	824,7	865,8	.	821,0	.	.	.	825,0	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	431,8	448,5	.	543,2	.	.	.	514,4	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	0,4	.	.	.	- 1,8	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	487,5	510,3	.	277,9	.	.	.	252,0	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	161,2	159,7	.	169,3	.	.	.	175,5	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	245,5	265,9	.	23,5	.	.	.	- 7,7	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1985	1986	1986			1987				
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1980 = 100										
Einfuhrpreise	124,6	101,0	111,0	106,8	104,4	94,4	93,7	93,9	...	
Ausfuhrpreise	119,4	116,8	118,0	117,9	117,6	115,0	115,0	115,1	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	122,1	104,7	112,6	109,5	107,4	99,2	98,6	
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	121,8	118,2	120,6	120,1	119,4	115,9	115,5	115,4	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	103,1	97,2	101,4	100,4	98,4	93,3	p 94,5	p 95,7	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,5	116,2	115,2	.	.	.	117,4	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	115,2	108,4	112,5	111,5	110,8	104,7	p 104,5	p 104,8	...	
Einzelhandelspreise	117,5	117,3	117,8	117,6	117,7	117,5	117,7	117,7	117,9	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	121,0	120,7	121,3	121,0	120,9	120,6	120,7	120,7	121,0	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,9	117,6	117,7	117,7	118,2	117,0	117,6	117,4	117,9	
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	120,1	120,2	120,3	121,5	121,7	121,9	122,0	
Wohnungsmieten	123,9	126,4	125,6	125,8	126,0	127,5	127,9	128,1	128,3	
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	125,7	124,4	122,3	109,3	106,7	106,0	105,1	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	118,8	118,9	119,0	119,8	120,0	120,1	120,3	
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	699	715	.	.	711	698	
darunter *Facharbeiter	729	746	.	.	745	727	
*weibliche Arbeiter	481	496	.	.	490	499	
darunter *Hilfsarbeiter	460	470	.	.	467	473	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	17,07	17,53	.	.	17,41	17,79	
darunter *Facharbeiter	17,88	18,38	.	.	18,24	18,64	
*weibliche Arbeiter	12,17	12,60	.	.	12,43	12,84	
darunter *Hilfsarbeiter	11,70	12,00	.	.	11,86	12,23	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,8	40,7	.	.	40,9	39,3	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,5	39,4	.	.	39,4	38,8	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	4 123	4 273	.	.	4 229	4 373	
*weiblich	2 842	2 925	.	.	2 884	2 990	
Technische Angestellte										
*männlich	4 263	4 370	.	.	4 313	4 430	
*weiblich	2 772	2 839	.	.	2 794	2 894	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 374	3 425	.	.	3 436	3 487	
*weiblich	2 306	2 347	.	.	2 359	2 379	
Technische Angestellte										
männlich	3 397	3 436	.	.	3 378	3 483	
weiblich	2 161	2 192	.	.	2 106	2 174	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 610	3 699	.	.	3 695	3 772	
weiblich	2 456	2 509	.	.	2 508	2 550	
Technische Angestellte										
männlich	4 186	4 304	.	.	4 244	4 364	
weiblich	2 725	2 789	.	.	2 736	2 838	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1986			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1987 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	85 714	- 0,2	- 1,2	- 39	- 106	- 145	34	1	38
KIEL	243 626	- 0,2	- 0,8	- 62	- 462	- 524	110	-	145
LÜBECK	209 159	- 0,1	- 0,6	- 94	- 94	- 188	94	3	106
NEUMÜNSTER	77 877	-	- 0,5	- 17	17	-	38	-	40
Dithmarschen	128 560	- 0,1	- 0,7	- 55	- 80	- 135	83	3	99
Hzgt. Lauenburg	158 144	- 0,0	+ 0,1	- 46	34	- 12	63	2	83
Nordfriesland	160 688	- 0,1	- 0,6	- 69	- 154	- 223	71	2	96
Ostholstein	195 923	- 0,0	+ 0,3	- 72	65	- 7	69	4	95
Pinneberg	261 979	+ 0,0	+ 0,6	- 26	119	93	136	1	173
Plön	118 035	+ 0,1	+ 0,2	- 42	106	64	52	-	66
Rendsburg-Eckernförde	247 652	- 0,0	+ 0,1	- 42	- 3	- 45	112	3	142
Schleswig-Flensburg	182 646	- 0,0	- 0,1	- 28	25	- 3	64	7	82
Segeberg	218 371	+ 0,1	+ 1,0	- 21	204	183	115	2	153
Steinburg	126 665	- 0,1	- 0,5	- 36	- 80	- 116	67	1	87
Stormarn	197 633	+ 0,1	+ 0,6	- 43	260	217	82	3	108
Schleswig-Holstein	2 612 672	- 0,0	- 0,1	- 692	- 149	- 841	1 190	32	1 513

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1987		
	Betriebe am 30. 4. 1987	Beschäftigte am 30. 4. 1987	Umsatz ⁴⁾ im April 1987 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	Je 1 000 Einwohner
FLensburg	69	8 290	174	36 207	32 460	379
KIEL	123	22 265	305	99 121	89 127	366
LÜBECK	132	20 958	261	85 595	76 903	368
NEUMÜNSTER	69	9 857	122	36 061	32 215	414
Dithmarschen	69	5 767	235	68 957	55 882	435
Hzgt. Lauenburg	95	7 859	95	79 561	69 146	437
Nordfriesland	52	2 866	67	83 428	67 889	422
Ostholstein	79	5 852	103	93 637	80 669	412
Pinneberg	189	20 211	348	132 694	116 095	443
Plön	46	2 571	43	61 090	51 733	438
Rendsburg-Eckernförde	119	9 169	173	128 825	108 571	438
Schleswig-Flensburg	81	4 940	114	96 535	78 827	432
Segeberg	166	15 916	279	124 005	107 137	491
Steinburg	82	9 173	202	68 098	56 135	443
Stormarn	155	17 033	413	103 860	91 856	465
Schleswig-Holstein	1 526	162 727	2 934	1 297 674	1 114 645	427

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1986			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1987	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1987	offene Stellen 30. 4. 1987	Schweine insgesamt am 3. 12. 1986	Rindvieh am 3. 12. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,7	+ 4,8	- 0,1	110	12	6	1 718,3	1 539,9	514,4
Hamburg	1 571,3	- 12,4	- 0,5	99	8	5	7,5	12,8	3,0
Niedersachsen	7 196,1	+ 1,6	- 0,0	317	34	22	7 774,3	3 314,7	1 089,8
Bremen	654,2	- 9,5	- 0,9	42	7	2	4,4	16,8	5,1
Nordrhein-Westfalen	16 676,5	+ 1,4	+ 0,0	734	85	36	6 466,0	2 015,8	609,7
Hessen	5 543,7	+ 3,0	+ 0,3	154	26	15	1 244,3	828,6	272,2
Rheinland-Pfalz	3 611,4	- 0,9	- 0,1	116	15	9	639,3	604,3	216,1
Baden-Württemberg	9 326,8	+ 4,9	+ 0,6	194	46	37	2 380,5	1 770,9	657,0
Bayern	11 026,5	+ 5,2	+ 0,5	303	54	36	4 220,3	5 130,5	1 999,5
Saarland	1 042,1	- 6,9	- 0,4	54	6	3	45,0	70,1	24,0
Berlin (West)	1 879,2	- 11,5	+ 1,0	92	9	9	3,1	0,8	0,2
Bundesgebiet	61 140,5	+ 0,8	+ 0,2	2 216	302	179	24 503,0	15 305,3	5 391,0

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1987	
	Beschäftigte am 28. 2. 1987 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1987		Beschäftigte am 31. 1. 1987		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	163	2 630	22	36	14	384	1,5
Hamburg	137	5 288	12	22	14	189	1,2
Niedersachsen	644	12 378	34	93	13	829	1,2
Bremen	76	1 809	40	10	15	38	0,6
Nordrhein-Westfalen	1 955	32 236	29	218	13	2 315	1,4
Hessen	629	8 948	30	85	15	731	1,3
Rheinland-Pfalz	363	6 554	37	58	16	816	2,3
Baden-Württemberg	1 429	21 426	33	170	18	2 064	2,2
Bayern	1 344	18 969	36	186	17	2 961	2,7
Saarland	136	2 199	31	15	14	111	1,1
Berlin (West)	163	3 468	11	31	17	142	0,8
Bundesgebiet	7 038	115 903	30	923	15	10 580	1,7

Land	Straßenverkehrsunfälle ³⁾ mit Personenschaden im Februar 1987				Bestand an Spar- einlagen 4) am 31. 12. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			*Bruttoinlandsprodukt 1986		
	Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden	Mrd. DM in je- weiligen Preisen	Anteil des produzie- renden Bereichs 5) in %	je Erwerbs- tätigen in Preisen von 1980 Bund = 100
	in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	940	27	1 200	131	7 315	640	579	...	67	38,6	94
Hamburg	554	5	776	141	10 801	984	4 880	...	91	30,3	143
Niedersachsen	2 204	72	2 821	131	9 132	635	588	...	190	44,7	91
Bremen	217	4	252	118	10 258	693	1 417	...	27	38,6	113
Nordrhein-Westfalen	4 792	94	6 086	129	9 993	716	1 165	...	514	46,2	102
Hessen	1 771	56	2 362	137	11 199	762	1 012	...	191	36,1	105
Rheinland-Pfalz	1 183	17	1 616	138	10 598	673	655	...	103	48,9	97
Baden-Württemberg	2 855	72	3 909	139	11 699	784	1 058	...	313	51,8	98
Bayern	3 414	110	4 881	146	11 848	730	818	...	346	43,9	94
Saarland	359	5	505	142	9 658	627	645	...	29	45,5	91
Berlin (West)	552	3	764	139	9 181	609	2 574	...	73	43,8	109
Bundesgebiet	19 097	479	25 464	136	7 315	720	1 082	...	1 944	44,5	100

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

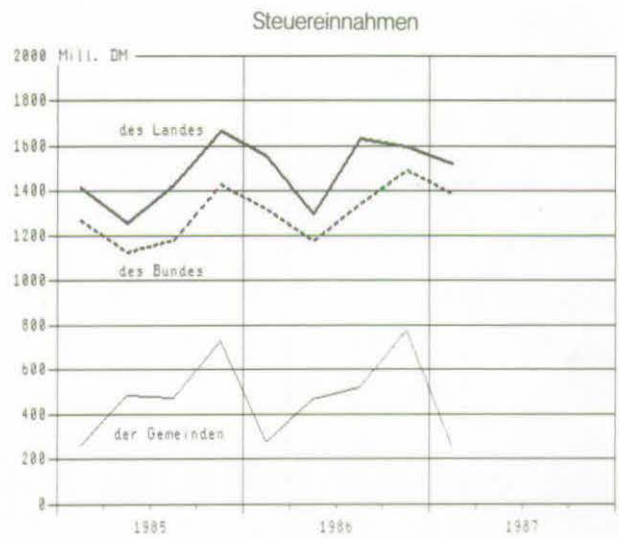
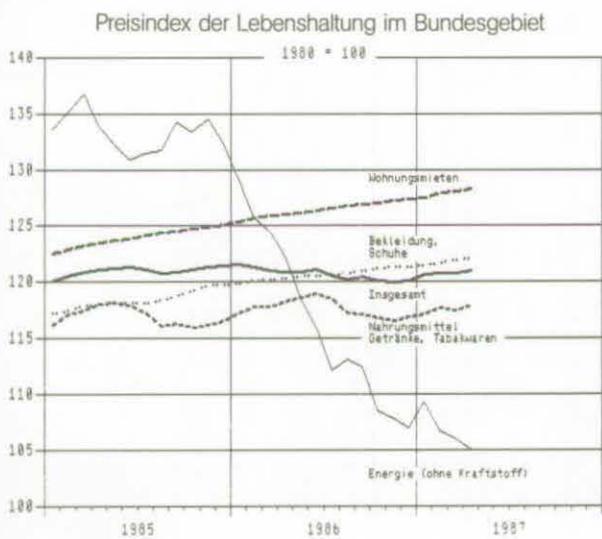
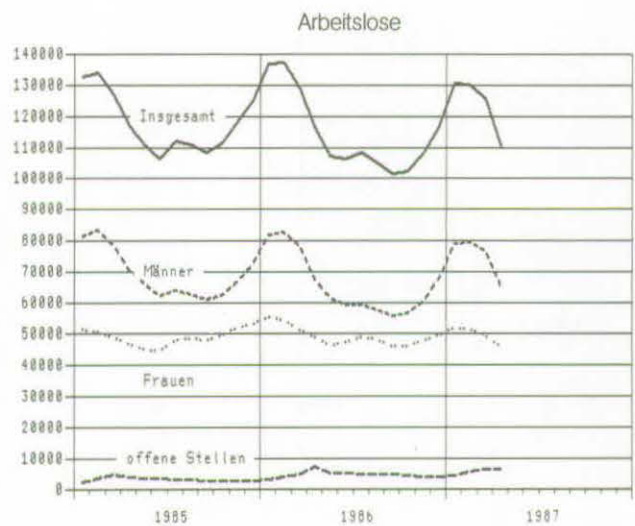
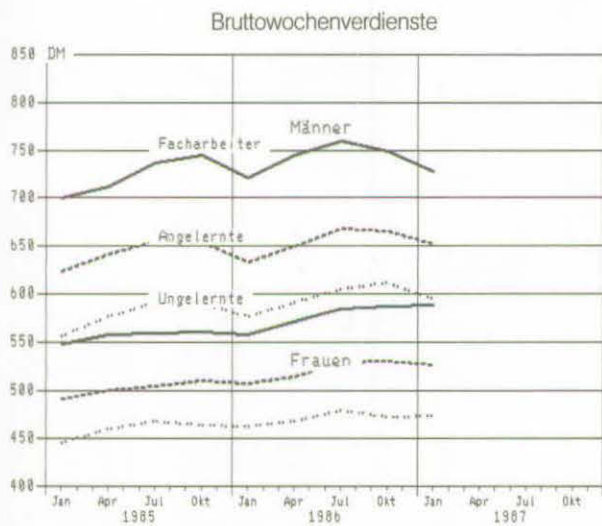
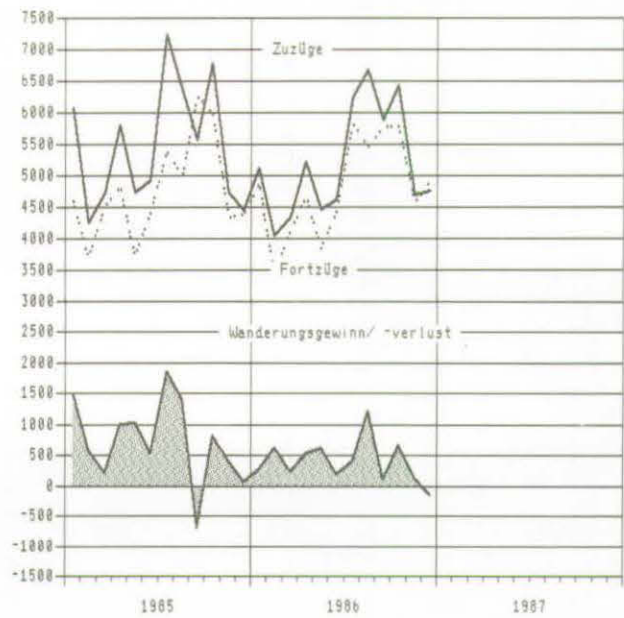
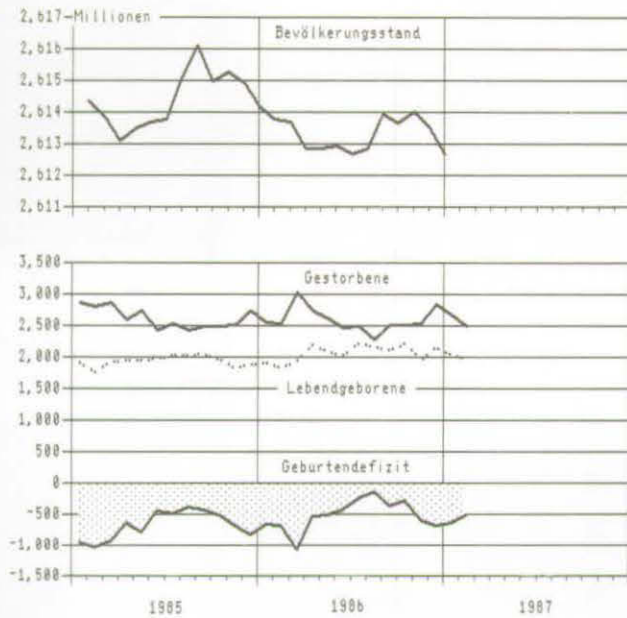
4) ohne Postspareinlagen

5) Produzierendes Gewerbe einschließlich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei; Anteil an der Bruttowertschöpfung der Bereiche

Entwicklung im Bild

D 5607 Stat. LA S-H (A)

Bevölkerungsstand und -veränderung



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 68951
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtener Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -